

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work



Büne Huber: Zeichnung zur Dividenden-Abzockerei. Seite 6



### 15 Seiten zur Corona-Krise

+++ Das gescheiterte Modell Schwedens +++ Klientel-Politik statt Krisenhilfe im Parlament +++ Swiss, Banken und Immobilien-Haie verhätschelt, KMU und die Lohnabhängigen vergessen +++ Unverfroren: Kurzarbeitsgeld landet bei Konzern-Aktionären +++ SVP & Co. lassen das Gewerbe im Stich +++ Die Hungernden von Genf +++ Das ist der krude Kosmos der Corona-Leugner +++ Und vieles mehr auf den Seiten 2-15 und 18-22

Corona-Beizentour

Prost!  
Nägeli

### Maske: Was, wo, wann, wie?

Eine Maske anziehen gegen die Viren? Und wenn ja, welche wann wie und wo? work weiss Rat. Seiten 18-19

Das Schutzkonzept, die Reportage, die Bilder, die Portrait-Serie.

Seiten 10, 11 und 13



**workedito**  
Marie-Josée Kuhn

## CORONA-HIRN

Kaum hatte der Bundesrat grünes Licht für die Coiffeursalons gegeben, setzte er sich auch schon in mein Ohr: «Bim Coiffeur bini gsässe vor em Spiegel – luege dry!» Ja, der Mani Matter. «Und gseh dert drinn e Spiegel wo ar Wand isch vis-à-vis.» Und kaum gab der Bundesrat grünes Licht für die Wiederöffnung der Beizen, nälsete er los im andern Ohr, der Peter Bichsel. «Das isch nümme mini Beiz!» jammerte er. Logisch nicht, mit all diesen Corona-Massnahmen: mit diesen Stellwändchen, den maskierten Kellnern, all diesem Abstand und der Desinfiziererei. Bichsel sagt jetzt, mit den Hygienevorschriften verlören die Beizen sogar ihre Seele. Und schon buttert mir Jim Morrison seinen Alabama-Song ins Ohr: «Show me the way / to the next whiskey bar / oh, don't ask why / oh, don't ask why!» Irgendwie schräg, aber wahr: Seit Corona führt sich mein Hirn auf wie eine Jukebox.

**OHRWÜRMER.** Eine Assoziation genügt: und schon lassen sie es jазzen. Ay! Corona! (statt Ay! caramba!) Corona-Paloma. Paloma Ade! Und schon spielt mein rechtes Ohr aus der tiefsten Kindheit auf. Mireille Mathieu mit dem Bubi-kopf: «La Paloma, ade / wie die wogende See / so ist das Leben ein Kommen und Gehen / und wer kann es je verstehen?» Ja, wer kann das bloss verstehen? Ich, ehrlich gesagt, grad nicht. Gerade in diesen Corona-Zeiten nicht. Wo die Zukunft ein unbekannter Planet. Und das Hier und Jetzt nur so über uns hereinrollt. Rockt und rollt. Und NeinNeinNein, Ohren! ich will kein «Rock around the clock» hören. Nur jetzt kein Bill Haley! Wiewohl in unsicheren Zeiten eindeutig besser fährt, wer eine Vergangenheit hat. Und Ohrwürmer.

**EIS, WO ALLI CHÖI.** Jetzt gibt der Bundesrat auch noch grünes Licht für die Öffnung der Grenzen. Und schon geigt es im linken Ohr los: «Über den Wolken / muss die Freiheit wohl grenzenlos sein / alle Ängste, alle Sorgen / sagt man / blieben darunter verborgen / und dann / würde was uns gross und wichtig erscheint / plötzlich nichtig und klein.» Der Reinhard Mey: das waren noch Zeiten! Aber sorry, liebe Leserinnen und Leser, denn das ist jetzt kein Editio geworden wie sonst. Ist jetzt mehr eins geworden, «wo alli chöi». Das aber kann nur work: Lesen Sie doch bitte auf 15 Seiten in dieser 4. work-Spezialnummer in Folge alles über Corona und noch viel mehr. Übrigens, ich bereue dieses Editio nicht. Auch wenn die Ohren jetzt grad stereo piaffen: «Non, rien de rien, non, je ne regrette rien!»



**Corona-Krise**

# Eine bemerkenswerte Sondersession des Parlaments Die Rechten marschierten durch

Es war eine bemerkenswerte Sondersession, die in den Berner Expohallen über die Bühne ging. Natürlich auch der Corona-Umstände wegen. Aber in erster Linie inhaltlich. Es zeigte sich prototypisch, wer die Bundespolitik im Griff hat: die rechten Parteien und ihre Sponsoren aus der Wirtschaft. Trotz den Wahlerfolgen der fortschrittlichen Kräfte im vergangenen Herbst.

Zur Erinnerung: Die Frühjahrs-session wurde überhastet abgebrochen, weil SVP und FDP ihnen nicht passende Geschäfte wie die Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose und die Konzernverantwortungsinitiative weiter verzögern wollten. In der Corona-Krise musste der Bundesrat die Verantwortung übernehmen. Und die Regierung hat das in den ersten Krisenwochen ganz gut hinbekommen. Das Parlament spielte keine Rolle. Es hatte sich selber aus dem Spiel genommen. Das ist zwar demokratiepolitisch

bedenklich – doch man mag sich nach den Ergebnissen der Sondersession nicht vorstellen, wie unter den aktuellen Mehrheitsverhältnissen eine bloss annähernd so sinnvolle Politik im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung herausgekommen wäre.

## WIRKLICH SYSTEMRELEVANT

Jetzt tagte das Parlament also wieder. Ausschliesslich zu Corona, über anderes mochten die Bürgerlichen nicht sprechen. Und – man kann es leider nicht anders sagen – die rechte Mehrheit ist grossmehrheitlich durchmarschiert: 1,9 Milliarden für die Luftfahrtindustrie, ohne Klimaauflagen. Für die Kitas – denen 200 Millionen fehlen – lumpige 65 Millionen. Kein Erlass von Mieten für Gewerbetreibende, die wegen der Pande-



**GESCHWISTER IM GEISTE:** Boris Zürcher, Leiter der Direktion für Arbeit im Seco, im Gespräch mit SVP-Kronprinzessin Magdalena Martullo-Blocher. FOTO: KEYSTONE

mie ihre Läden schliessen mussten. Und – das wohl deutlichste Zeichen: kein Verbot von Dividendenausschüttungen für Grossfirmen, die sich Teile ihrer Lohnkosten von der Allgemeinheit bezahlen lassen (siehe Seiten 6 und 7).

Die Corona-Krise hat deutlich gezeigt, welche Berufe und welche Menschen wirklich systemrelevant sind für die Schweiz. Es ist nicht die Finanzindustrie, es sind nicht die Immobilienhaie, es sind nicht die internationalen Konzerne – es sind nicht jene also, die von der Mehrheitspolitik immer gehätschelt werden.

Was in Corona-Zeiten auch deutlich wird und diese Sondersession exemplarisch zeigte: Ohne den Druck der Strasse passiert im nach wie vor rechtsdominierten Parlament wenig bis nichts für Gleichstellung, für das Klima, für die

Arbeitenden im Gesundheitswesen, für die mittleren und unteren Einkommen, für die Kleinunternehmerinnen und -unternehmer. Wenn wundert es da, dass auf Druck von Wirtschaftsverbänden Haurucköffnungen durchgezogen werden, Demonstrationen aber selbst unter Einhaltung der BAG-Regeln weiterhin verboten bleiben.

## WEITERE ANGRIFFE KOMMEN

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise sind noch nicht im Ansatz bewältigt, schon drücken die Wirtschaftsverbände und ihre parlamentarischen Helfershelfer auf weiteren Sozialabbau. Unter dem Vorwand der Kosten der Corona-Krise planen sie weitere Angriffe auf den Lohnschutz und auf die Arbeitnehmendenrechte. Und wollen weitere Steuergeschenke an Grossverdienende und Konzerne. Es wird starke Mobilisierungen brauchen, dies alles abzuwehren. Alle Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind gefordert. In den Betrieben, im Parlament und – wenn es dann wieder geht – auf der Strasse.

CLEMENS STUDER

## 15. JUNI: GRENZEN ZU 3 NACHBARN GEHEN AUF

Am 15. Juni sollen die Schweizer Grenzen zu Frankreich, Deutschland und Österreich wieder unter Schengen-Regeln geöffnet werden. Darauf einigten sich die drei Länder kurz vor Redaktionsschluss dieser work-Ausgabe. Das heisst konkret: In rund einem Monat gibt es keine Kontrollen mehr wegen eines Grenzübertretts als solchen. Damit wird auch das touristische

Reisen (für Ferien oder zum Einkaufen) wieder möglich. Voraussetzung für die Öffnung sind weiterhin tiefe Infektionszahlen. Ebenfalls kurz vor Redaktionsschluss verkündete der Bundesrat ein 650-Millionen-Paket zur Sportunterstützung. Auch für den kommerziellen Sportbetrieb: 350 Millionen liegen für Darlehen an Fussball- und Eishockeyclubs parat. (cs)

# Näherinnen-Hilferuf: «Wir werden verhungern!»

**Kein Lohn und kein Schutz: Weil sich die grossen Modefirmen aus der Verantwortung stehlen, stehen Arbeiterinnen und Arbeiter in Bangladesh vor der Katastrophe.**

PATRICIA D'INCAU

Während die Modegrössen C&A und Co. hierzulande wieder geöffnet haben und die Kundschaft mit Rabatten umschmeicheln, hinterlassen sie andernorts eine Schneise der sozialen Verwüstung. Von Kambodscha bis Pakistan stehen Millionen Textilarbeiterinnen und -arbeiter auf der Strasse. Ohne Lohn und ohne Essen.

Die April-Löhne sind gestrichen, die geschuldeten März-Löhne oft noch immer nicht bezahlt. Weil die Modefirmen ihre vertraglich vereinbarten Aufträge storniert haben, weil sie von den Fabriken saftige Preisnachlässe verlangen. Und:

weil sie sich grösstenteils sogar weigern, für schon produzierte Ware zu bezahlen. Neben C&A sind das etwa: der US-Mega-Konzern Walmart, die «Tophshop»-Mutterfirma Arcadia oder das Unternehmen Bestseller, zu dem die beliebten Marken Only, Jack & Jones und Vero Moda gehören.

**CORONA ODER HUNGER.** Während sich die internationalen Konzerne querstellen, treibt die Not die Menschen auf die Strasse. Alleine in Bangladesh wurden rund 2 Millionen Näherinnen freigestellt oder entlassen. Die Textilproduktion macht 80 Prozent von Bangladeshs Exporten aus. Im «Kassensturz» vom 5. Mai sagte eine Arbeiterin: «Nicht nur das Coronavirus bringt uns um. Nein, wir werden verhungern.»

Und jetzt bahnt sich schon die nächste Krise an: Weil Bangladesh von westlichen Modefirmen

abhängig ist und die nun doch wieder nach neuer Ware verlangen, wurden Anfang Mai – trotz strikter Ausgangssperre – rund

**In der Hoffnung auf Lohn arbeiten Hunderte dicht an dicht.**

1000 Fabriken wieder geöffnet. In der Hoffnung auf Lohn arbeiten Hunderte dicht an dicht beieinander. Trotz der Warnung vor einem explosionsartigen Anstieg der Corona-Fälle.

Und tatsächlich haben sich in den ersten 10 Tagen nach den Fabriköffnungen die Neu-Ansteckungen in Bangladesh verdoppelt. Verzweifelt fragt eine Arbeiterin darauf in der ARD-Tagesschau: «Sind wir etwa keine Menschen, oder hat unser Leben einfach keinen Wert?»

Die Schweizer NGO Public Eye hat deshalb einen Appell lan-



**VERZWEIFELT:** Textilarbeiterin in Bangladesh. FOTO: PICTURE ALLIANCE

ciert für griffige Schutzmassnahmen in den Textilfabriken. Und zwar finanziell wie gesundheitlich ([rebrand.ly/appell](https://rebrand.ly/appell)).

# Corona-Not: In Genf stehen Tausende für Lebensmittel an «Hörst du, wie mein Magen knurrt?»



GELEBTE SOLIDARITÄT: Genau 1683 Lebensmittelpakete verteilten Freiwillige in der Finanzmetropole Genf an Leute, die seit Corona am Hungertuch nagen.

**Haushälterin Sherly Silang ist da und Reinigerin Maria Escarda auch. Seit Corona haben sie kein Einkommen mehr: «No work, no pay». Gut, gibt es die Lebensmittel-Verteilaktion des Vereins «Caravane de Solidarité»!**

JONAS KOMPOSCH

Genf, am Samstagmorgen um 7 Uhr: Der zentrale Plainpalais-Platz ist noch menschenleer. Ebenso die Gassen der umliegenden Quartiere. Wären da nicht die paar Hündler, die ihre Vierbeiner Gassi führten, könnte man meinen, die Rhonestadt habe sich in Totalquarantäne begeben. Doch der Eindruck täuscht. Denn bloss zehn Gehminuten entfernt, zwischen riesigen Betonwohnblocks und Industrieanlagen, herrscht Betrieb. Aus allen Himmelsrichtungen kommen Menschen in Schutzmasken. Viele führen Einkaufswagen oder Taschen mit sich. Und alle haben es eilig. Ihr Ziel: die Eissporthalle Les Vernets. Dort, wo sonst der HC Servette spielt, werden heute erneut Gratis-Lebensmittel abgegeben.

Seit dem Ausbruch der Corona-Krise ist dies bereits die sechste Grossaktion des Hilfsvereins «Caravane de Solidarité», der seit fünf Jahren Flüchtlinge auf der Balkanroute mit Naturalien unterstützt. Jetzt ist die Not aber auch hier akut. Vor einer Woche kamen rund 2500 Frauen und Männer zur Eishalle, um einen Sack mit Grundnahrungsmitteln im Wert von 20 Franken abzuholen. Die Nachfrage war aber grösser als das Angebot. Deshalb sind heute viele schon am frühen Morgen da. Obwohl die Verteilung erst um neun beginnt.

## ERSPARES WEG

Zu ihnen gehört auch Haushälterin Sherly Silang\*. Die Filipina steht im vorderen Bereich der Warteschlange, die schon jetzt 500 Meter lang ist, und sagt: «Vor Corona arbeitete ich Teilzeit für drei Genfer Familien und habe 2000 Franken verdient.» Seit fast zwei Monaten stehe sie aber komplett ohne

Lohn da: «No work, no pay», sagt Silang. Auch ihr Ersparnis sei längst aufgebraucht. In einer noch fataleren Situation ist Maria Escarda\*. Die Peruanerin teilt sich mit fünf weiteren südamerikanischen Reinigungsarbeiterinnen eine Dreizimmerwohnung in der Vorortsgemeinde Carouge. Escarda putzt schon seit neun Jahren Appartements am Genfersee – illegal. Denn gültige Papiere besitzt sie nicht. Escarda ist eine von rund 13 000 Sans-papiers im Kanton Genf (siehe Box). Ihre Auftraggeber sind Banker, Diplomatinen oder Mitarbeitende von internationalen Organisationen. Von ihrem Einkommen habe sie bisher immer einen Teil an die Eltern in der Heimat schicken können. Jetzt sei sie weit davon entfernt. Dann zeigt Escarda auf ihren Bauch: «Hast du das gehört? Mein Magen knurrt.» Seit zwei Tagen habe sie nicht mehr richtig gegessen.

## ILLEGALER GRENZVERKEHR

Umso mehr freue sie sich auf den Reis, die Teigwaren, die Sardinen, und heute, so habe sie gehört, gebe es sogar eine Tüte frisches Obst und Gemüse. Frischprodukte habe sie besonders vermisst. Die zu kaufen liege einfach nicht drin, «nicht in Genf», sagt sie.

Hier in der Finanzmetropole sind die Lebenshaltungskosten die zweithöchsten der Welt, so eine UBS-Studie. Nur die Stadt Zürich ist gemäss der Grossbank noch teurer. Viele Genferinnen und

## «Es ist eine Schande!»

ARTUR BIENKO, UNIA GENF

Genfer sind deshalb auf Einkäufe im billigeren Nachbarland angewiesen. Wozu das führt, schildert Unia-Gewerkschafter Artur Bienko. Er hat am Ausgang der Eishalle einen Infostand aufgebaut und sagt: «Es ist eine Schande!» Er kenne Familien, die wegen der Grenzschliessung keine andere Wahl hätten, als wöchentlich über die grüne Grenze nach Frankreich zu wandern. «Mit gefüllten Einkaufstaschen kämpfen sie sich dann durchs Dickicht zurück in die Schweiz», so Bienko.

## REGIERUNG STAUNT

Unterdessen ist die Warteschlange vor dem Stadion auf einen Kilometer angewachsen. Mehrheitlich Frauen sind gekommen, nicht selten zusammen mit ihren Kindern. Alleine hier ist Paulino

## Hilfesuchende: Nur die Hälfte sind Sans-papiers

Das Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) hat in Genf vor der Eishalle eine Umfrage unter den Menschen durchgeführt, die für Lebensmittel anstehen: 52 Prozent waren Sans-papiers. Sie trifft die Corona-Krise sehr hart, da sie wegen ihres illegalen Status weder Kurzarbeitsentschädigung noch Sozialhilfe beziehen können. Viele der rund 13 000 Genfer Papierlosen arbeiten schwarz in der Gastronomie, bei Diplomaten oder in der Reinigung.

**VIELE COVID-FÄLLE.** Weitere 28 Prozent der Bedürftigen waren Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung, 4,3 Prozent Asylsuchende und 3,4 Prozent Schweizerinnen und Schweizer. Unter den Befragten war eine Covid-19-Erkrankung dreimal häufiger als im Rest der Genfer Bevölkerung. MSF führt dies auf die engen Wohnverhältnisse zurück: Die Befragten teilen sich im Schnitt ein Schlafzimmer mit 1,53 Personen. Mehr als jede zehnte Person, die an der Umfrage teilnahm, schläft sogar mit drei weiteren Personen im gleichen Raum. (jok)

Alves\*, ein Bauarbeiter aus Portugal. Dabei habe er viele Kollegen, die diese Unterstützung auch benötigten. «Doch sie schämen sich zu sehr.»

Dann schlägt es neun Uhr. Endlich gehen die Tore auf. Unter den Augen von staunenden Regierungs- und Stadträten sorgen über 70 freiwillige Helfende für einen geregelten Ablauf. Am Feierabend werden sie 1683 Essenspakete verteilt haben. Allesamt Gaben, die zuvor Grossisten, Bauern und mehrere Hundert Private gespendet hatten. Das freut Christophe Jakob von der «Caravane de Solidarité» ganz besonders. Sein Fazit: «Nicht nur die Not ist gross, auch die Unterstützung aus der Bevölkerung ist riesig.» Dennoch ist für ihn klar: «Essenverteilen löst das Problem nicht.» Die Geringverdienenden brauchten eine direkte Entschädigung. Und: «Die Sans-papiers sind allesamt Arbeiterinnen und Arbeiter, die zum Reichtum Genfs beitragen. Sie müssen regularisiert werden.»

\*Namen geändert

## Jura-Buslinien gehen an Postauto

**DÉLÉMONT.** Der Kanton Jura vergräbt den Grossteil seiner Buslinien an Postauto. Ein kleiner Teil bleibt bei den Chemins de Fer du Jura, die in Kantonsbesitz sind. Die Gewerkschaften SEV und Syndicom sind erleichtert, dass nicht ein Unternehmen mit Dumping-Löhnen den Zuschlag erhalten hat. Denn der Kanton hatte es unterlassen, die Firmen zu verpflichten, einen GAV abzuschliessen. Das hatte bei den betroffenen Fahrern Existenzängste ausgelöst (work berichtete: rebrand.ly/jurabus). SEV-Vize Christian Fankhauser: «Die Ausschreibung hat viel Geld gekostet. Das darf in anderen Kantonen nicht Schule machen!»

## Klimastreik prüft Referendum

**BERN.** Mit 1,9 Milliarden Franken will das Parlament die Luftfahrt unterstützen. Die Klimastreik-Bewegung erwägt nun das Referendum dagegen. Sie findet es «unglaublich und inakzeptabel, dass nicht einmal eine einzige Klimabedingung an den Kredit gebunden wurde». Das sei weder mit dem Pariser Abkommen noch mit den Wahlergebnissen 2019 vereinbar.

## Trotz Kurzarbeit: 62 Stellen weg

**RENENS VD.** Mitten in der Corona-Krise will die Firma Tesa Technology, Herstellerin von Präzisions-Messegeräten, 62 Stellen abbauen. Das sei skandalös, sagt Abdeslam Landry von der Unia Waadt: «Die Firma hat schon letztes Jahr Kurzarbeit eingeführt, um die Stellen zu retten. Gleichzeitig zahlt sie den Aktionären weiterhin Dividenden aus.» Die in der Unia organisierten Mitarbeitenden verlangen eine längere Konsultationsfrist und die Neuverhandlung des Sozialplans. Dieser sieht keine Frühpensionierung vor, obwohl ein Fünftel der Belegschaft 60 Jahre und älter ist.

## Frauen, macht Lärm!

**ZÜRICH.** Am Sonntag, 14. Juni, zum ersten Jubiläum des historischen Frauenstreiks von 1919, sollen alle Frauen fünf Minuten lang Lärm machen. Und zwar um 15 Uhr 24. Das ist der Zeitpunkt



**EIN JAHR DANACH: Wieder protestieren die Frauen!** FOTO: KEY

in einem Arbeitstag, ab dem Frauen wegen der Lohnungleichheit gratis arbeiten. Dazu ruft das Streikkollektiv Zürich auf. Die Corona-Krise habe die Ungleichheiten verschärft, so das Kollektiv: «Personen in systemrelevanten Berufen wie in der Pflege arbeiten in 13-Stunden-Schichten, ohne Lohnerhöhung oder Gefahrenzulage.» Andere hätten parallel zum Homeoffice noch Homeschooling gemacht und kümmerten sich weiterhin um Eltern und Schwiegereltern.

# Glarner Traditionsfirma Jenny Fabrics muss dichtmachen: Coronavirus gibt der Weberei den Todesstoss

Seit fast zweihundert Jahren ist die Jenny Fabrics AG im Textilgeschäft. Doch jetzt muss die Glarner Firma ihre Tore definitiv schliessen.

RALPH HUG

Die Jenny-Weberei schliesst. Diese Hiobsbotschaft trifft 96 Mitarbeitende in Ziegelbrücke GL. Sie stehen voraussichtlich Ende August auf der Strasse. In einem bloss zweiwöchigen Konsultationsverfahren sind die Chancen gering, dass die Schliessung noch zu verhindern ist. Patron Caspar Jenny (55), Chef des Unternehmens in sechster Generation, gibt als Grund den überbewerteten Franken und den Verlust von Grossaufträgen an. Vor allem aber den Zusammenbruch des Marktes wegen der Corona-Pandemie. Da würden ihm auch Hilfskredite des Bundes nichts mehr nützen, sagt er. Nicht betroffen von der Schliessung ist ein weiterer Betrieb von Jenny Fabrics mit 35 Arbeitsplätzen in Niederurnen.



WIE GEWOBEN SO ZERRONNEN: Noch 2011 hatte die Weberei Jenny Fabrics in Ziegelbrücke in neue Maschinen investiert. Trotzdem muss die Fabrik jetzt ihre Tore schliessen. FOTO: ZVG

## INNOVATIV UND FAIR

«Ich glaube ihm», kommentiert Walter Schifferle, Präsident der Unia-Region Rhätia-Linth. Er hat Jenny als zwar kostenbewussten, aber integren Unternehmer kennengelernt. «Er nimmt es nicht auf die leichte Schulter.» Jenny, der auch den fairen Handel von Swiss Fair Trade unterstützt, will den geordneten Rückzug, ein Sozialplan ist vorhanden.

Jenny musste im Jahr 2001 bereits eine Spinnerei in Ziegelbrücke dichtmachen. Mit Innovationen wie zum Beispiel atmungsaktiven Textilien hielt die Firma jedoch länger

durch als die meiste Konkurrenz. Wie zuvor will Firmenchef Jenny die leer werdenden Fabrikliegenschaften über seine Immobiliengesellschaft in Gewerbe- und Wohnparks umwandeln.

## EINSTIGE INDUSTRIEBLÜTE

Damit schreitet die Deindustrialisierung im einst führenden Industriekanton der Schweiz voran. Jenny war die grösste Spinnerei im Glarnerland. Um 1860 arbeiteten dort über 500 Búezerinnen und Búezer. Der Name Jenny stand für die Industrieblüte im «Zigerschlitz». Doch ab den

1990er Jahren fielen immer mehr Jobs der Globalisierung zum Opfer. Auch bei Jenny: Arbeitsplätze verschwanden nach Asien und Osteuropa. Die globale Corona-Pandemie gibt jetzt dem 186jährigen Traditionsbetrieb den Rest. Und Glarus, einst Schweizer Wiege der Industrialisierung, verliert erneut Arbeitsplätze.

Mit dem Abgang des Denim-Produzenten Legler fing es 2001 an. Diese Firma stellte seit 1857 den berühmten Bluejeans-Stoff her. Dann folgten die Querelen um die Maschinenfabrik Netstal in Näfels, die be-

kannteste Glarner Firma. Auch Christoph Blocher wollte sie sich im Jahr 2001 schnappen. Er scheiterte aber am deutschen Besitzer Krauss Maffei. Heute gehört die um die Hälfte geschrumpfte Fabrik nach verschiedenen Handwechseln dem chinesischen Giganten ChemChina, der auch den Agrargiganten Syngenta übernahm. Der Kanton und die Kantonalbank hatten erfolglos mit Krediten und Steuererlassen versucht, den Betrieb zu halten. Die Tiefsteuerpolitik der Glarner Regierung konnte die Deindustrialisierung auch nicht stoppen. Über die tiefe Gewinnsteuer

von bloss acht Prozent werden sich hauptsächlich die Manager und Aktionäre gefreut haben.

## HIGHTECH AUS DEN BERGEN

2015 folgte ein weiterer Schlag: In Schwanden schloss der schwedische Haushaltgeräte-Multi Electrolux den Betrieb, 120 Arbeitsplätze verschwanden.

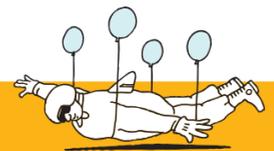
## Jenny war die grösste Spinnerei im Kanton Glarus. 1860 arbeiteten dort über 500 Leute.

den, und die Gewinne des Miliardärsclans Wallenberg, dem Electrolux gehört, stiegen weiter an. Derselbe Clan gibt auch bei ABB den Ton an.

Heute ist die Kunststoff-Schwanden AG der grösste private Arbeitgeber im Bergkanton. 500 Mitarbeitende stellen Spritzgussteile in Hightech-Manier her.

Besteht für die Jenny-Textilien doch noch Hoffnung? Die Genossenschaft Glärnisch Textil will das Ende nicht hinnehmen. Sie tritt für eine lokale Produktion und ein solidarisches Wirtschaften ein und will so das textile Erbe des Kantons retten. Ihr Vorschlag: Statt Baumwolle soll es Produkte mit cottonisiertem Hanf geben, statt internationalen Konkurrenz-kampfs regionale Zusammenarbeit. Initiant Martin Klöti will sich jedenfalls im Konsultationsverfahren einbringen. Klöti zu work: «Wir denken auch an eine Flyeraktion im Kanton, um das Bewusstsein für die lokale Produktion zu fördern.» Alle redeten davon, dass man diese wieder in die Schweiz holen müsse. Klöti: «Jetzt kann man hier im Glarnerland etwas dafür tun.»

## rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



# Anti-Corona-Impfstoff: Gibt es einen neuen kalten Krieg?

Die Russen waren mit ihrer Hündin Laika die ersten im All. Die USA landeten als erste auf dem Mond. Wer wird jetzt zuerst in genügender Menge einen Anti-Corona-Impfstoff auf den Markt bringen? China oder die USA in Visp VS?

Derzeit tobt ein Machtkampf zwischen den USA und China. Jedes Thema wird politisch aufgeladen und instrumentalisiert. Und dies von beiden Seiten.

Ein Beispiel unter vielen: Die USA greifen die in Genf beheimatete Weltgesundheitsorganisation (WHO) an. US-Präsident Donald Trump behauptet, die WHO habe die USA nicht rechtzeitig über die Ausbreitung der Corona-Pandemie informiert. Dabei fällt in der WHO kein Bleistift vom Tisch zu Boden, ohne dass nicht mindestens fünf der dreissig amerikanischen Geheimdienste mithören. Denn Genf ist eines der grössten Agentennester der Welt. Trotzdem macht die Schweiz nichts – zu Recht, denn je mehr alle voneinander wissen, umso sicherer bleibt die Welt. Ablenken von seinem eigenen Versagen, das ist also Trumps Ziel.

**TRUMPSTEN.** Lange lagen die Russen in Sachen Raumfahrt vorne. Ihre Hündin Laika jaulte als erste im Weltraum. Und der russische Astronaut Juri Alexejewitsch Gagarin war ein Held, der erste Mann im Orbit. Im Gegenschlag realisierten die Yankees als erste den Flug auf den Mond. Viele Verschwörungstheoretiker glauben bis heute, dass dies

alles nur Studioaufnahmen gewesen seien. Und neu denken sie, diese Trumpisten, der Coronavirus komme aus einem Labor in der chinesischen Stadt Wuhan. Verschwörungstheorien sind ansteckend und somit wahre Virenschleudern.

Real ist ein total spannendes Rennen im Gang: Wer bringt zuerst in genügender Menge einen halbwegs vernünftigen Impfstoff auf den Markt? Viele Beobachterinnen und Beobachter glauben, dass Trump diesen Impfstoff brauche, wenn er trotz 30 Millionen Arbeitslosen die Wahlen im November 2020 gewinnen wolle. Für die kommunistische Partei Chinas wäre ein Sieg in diesem Rennen nicht minder wichtig. Und die EU-Kommission will mit 7,5 Milliarden Franken ihrerseits den schnellen Durchbruch schaffen. Und den Impfstoff allen gratis zur Verfügung stellen. Sehr gut so.

**AMERICA FIRST IN VISP.** Eine Geschichte ist neben vielen andern besonders spannend: Moderna ist eine US-amerikanische Biotechfirma, die an der Börse 15 Milliarden Franken wert ist. 75 Prozent mehr als im August des vergangenen Jahres. Sie glaubt, mit ihrem Anti-Corona-Impfstoff noch dieses Jahr den Durchbruch zu schaffen. Wird Moderna als erste den Durchbruch schaffen? Vielleicht und viel-



DIE ERSTE IM ALL: Die russische Hündin Laika auf einer rumänischen Briefmarke, 1957.

leicht auch nicht. Das Unternehmen gehört immerhin zu den 15 ernsthaftesten Firmen, denen man einen Durchbruch zutraut. Und Trump subventioniert Moderna mit 500 Millionen Dollar.

Schafft es Moderna als erstes Unternehmen, würden in den Ibox-Anlagen in Visp VS, die sich teilweise noch im Bau befinden, innert eines Jahres eine Milliarde Moderna-Impfdosen hergestellt. Mindestens. Nach Trumps Motto «America frist» zuerst für die Amerikanerinnen und Amerikaner.

Das von Trump finanzierte Moderna-Projekt hat sich in Visp die

entsprechenden Produktionskapazitäten gesichert. Gegen viel Geld.

Warum geht Moderna nach Visp? Weil es viel einfacher und schneller ist, in Visp eine Produktion in neuen bestehenden Gebäuden und Anlagen zum Laufen zu bringen, als auf der grünen Wiese eine neue Anlage aufzubauen. Und weil die Lonza-Tochter Capsugel den Impfstoff rasend schnell abpacken kann.

Gibt es einen neuen kalten Krieg? Ja. Gibt es während Jahren eine neue Realität? Nur wenn der Impfstoff nicht schnell genug kommt. Wir bleiben dran.

## LINKS ZUM THEMA:

- [rebrand.ly/wuff](https://rebrand.ly/wuff)  
Laika war die erste Hündin im Weltall.
- [rebrand.ly/juri](https://rebrand.ly/juri)  
Juri Alexejewitsch Gagarin war der erste Mensch im Weltall.
- [rebrand.ly/neil-armstrong](https://rebrand.ly/neil-armstrong)  
Neil Armstrong war der erste Mensch auf dem nahen Mond.



- [rebrand.ly/ibex](https://rebrand.ly/ibex)  
Produziert die Lonza ab dem Herbst den Impfstoff, der die Wiederwahl von Trump sichern kann?

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)



**GEFÄHRLICHE NÄHE:** Bauarbeiter Simon Lüthi hat dokumentiert, dass Walo Bertschinger die vorgeschriebenen Corona-Massnahmen ungenügend umsetzt. FOTO: SIMON LÜTHI

Bau: Corona-Entlassung bei Walo Bertschinger

# Statt Schutz gab's die Kündigung



**Bauarbeiter Simon Lüthi (34) gehört zur Corona-Risikogruppe. Und wird geschasst. Weil er sich wehrt, könnte der Fall bald die Gerichte beschäftigen. Als einer der ersten in der aktuellen Corona-Krise.**

PATRICIA D'INCAU

Als Buezer Simon Lüthi\* Ende März ins Büro zitiert wird, erwartet ihn dort die Kündigung. Weil er sich weigert zu unterschreiben, trommelt der Chef alle zusammen, die im Büro sind. Sie müssen auf einem Zettel bestätigen, dass die Kündigung stattgefunden hat. Lüthi: «Ich kam mir vor wie ein Schwerverbrecher.»

Das Unternehmen sagt, Lüthi sei aus «wirtschaftlichen Gründen» entlassen worden. Lüthi glaubt das nicht. Denn: Sollte es wegen Corona weniger Arbeit geben, könnte das Unternehmen schliesslich Kurzarbeit beantragen. Die Vermutung des Buezers: Er musste gehen, weil er sich vor einer Ansteckung schützen wollte.

## EINDEUTIGE FOTOS

Lüthi gehört zur Corona-Risikogruppe. Wegen einer Ohren-OP im vergangenen Winter und weil er Asthma hat. Sein Arzt schickt ihm sofort eine Bestätigung, als Mitte März die Corona-Massnahmen kommen und der Bundesrat die Risikogruppe auffordert, nicht mehr nach draussen zu gehen. «Ich habe das direkt ans Geschäft weitergeleitet», sagt Lüthi. «Aber dort hiess es, ich müsse weiter wie bisher zur Arbeit erscheinen. Schliesslich sei ich nicht krank geschrieben.» Und das, obwohl die Anordnung der Regierung besagt: Wer zur Risikogruppe gehört, soll unter Lohnfortzahlung zu Hause bleiben können. Insbesondere, wenn die Schutzmass-

nahmen nicht eingehalten werden. Und genau das ist der Fall. Am 8. April macht Lüthi Fotos, die zeigen: Die Männer auf der Baustelle arbeiten dicht an dicht. Daneben erzählt der Buezer work: «30 Männer teilen sich ein WC, leere Desinfektionsmittelspender werden nicht regelmässig aufgefüllt, und die, die betonieren, sitzen fast aufeinander.» Für ihn ist klar: «Die Gesundheit der Arbeiter ist dem Unternehmen egal.»

Statt Schutz gibt's für Risikopatient Lüthi die Kündigung. Und Schikanen: Plötzlich werden ihm

**«Die Gesundheit der Arbeiter ist der Firma egal.»**

BAUARBEITER SIMON LÜTHI

Aufgaben zugeteilt, die seine Gesundheit zusätzlich belasten: «Wegen meines Asthmas kann ich keine Arbeiten machen, bei denen viel Staub entsteht. Bisher musste ich das auch

nicht. Aber jetzt wurde ich auf einmal zum Betonieren eingeteilt.»

Gegenüber work weist Walo Bertschinger alle Vorwürfe zurück. Die Firma habe «sämtliche Sicherheitsmassnahmen ergriffen und sich stets an die Schutzvorkehrungen des Bundesrates gehalten».

## FALL FÜR DEN RICHTER

Inzwischen ist Lüthi nicht mehr bei Walo Bertschinger angestellt. Doch für das Unternehmen hat die Geschichte ein juristisches Nachspiel. Zusammen mit der Unia ficht Lüthi die Kündigung an.

Unia-Rechtsberaterin Gohar Tabaker betreut den Fall mit und stellt klar: «Der Arbeitgeber hat die vorgeschriebenen Covid-19-Schutzmassnahmen nicht eingehalten. Die Kündigung ist deshalb missbräuchlich.»

Gibt es keine Einigung, landet der Fall vor Gericht. Es könnte das erste Urteil werden, das die Gerichte in Sachen Corona und Arbeitsrecht treffen müssen. Und Unia-Frau Tabaker ist sich sicher: «Das wird kein Einzelfall bleiben.» Das Urteil könnte deshalb auch für andere von der Kündigung betroffene Arbeiterinnen und Arbeiter wichtig sein.

\* Name geändert

## Neue Umfrage schockiert: Logistikfirmen zwingen Kranke und Risikopatienten zur Arbeit «Was, du hast Corona? Einfach weiterarbeiten!»

**In den Logistikzentren grassiert das Coronavirus. Doch zu viele Chefs foutieren sich um die Gesundheit ihrer Mitarbeitenden, wie jetzt eine Unia-Umfrage zeigt.**

CHRISTIAN EGG

Mehrere von seinen Kollegen seien positiv auf Covid-19 getestet worden, berichtet ein Mitarbeiter eines Pharma-Grossisten im Kanton Bern. «Einer von ihnen hat während der Arbeit angefangen zu husten und Schüttelfrost bekommen. Der Vorgesetzte sagte ihm, er solle normal weiterarbeiten.»

### ARZTZEUGNIS ZÄHLT NICHTS

Diesen und zahlreiche andere Fälle bringt eine neue Umfrage ans Licht, welche die Unia unter Logistik-Mitarbeitenden durchgeführt hat. Seit Anfang April haben über 1400 Beschäftigte mitgemacht. Etwa ein Lagerist aus einem Maler-Gips-Betrieb in der Westschweiz. Er schreibt: «Mehrere Kollegen haben den Virus erwischt. Niemand hat uns etwas gesagt. Und nach einer Woche zu Hause sind sie wieder arbeiten ge-

kommen. Die Chefs haben das vor uns versteckt.» Seit dem Lockdown ist die Logistik überall am Limit. Auch in den Verteilzentren des Detailhandels. Hauptsache, die Ware kommt schnell in die Läden. Das ist für einige Chefs wichtiger als die Gesundheit der Mitarbeitenden, wie diese Frau aus einem Verteilzentrum im Kanton St. Gallen berichtet: «Viele Risikopatienten arbeiten unter dem

**«Mehrere Kollegen hatten Corona. Die Chefs haben das verheimlicht.»**

LAGERIST IN EINEM MALER-GIPSER-BETRIEB

Druck weiter. Herzranke, Leute mit Krebs. Trotz Arztzeugnis dürfen sie nicht zu Hause bleiben, das hat mir der Chef persönlich gesagt.»

Insgesamt zeichnen die Antworten ein erschreckendes Bild der Branche: 43 Prozent der Teilnehmenden sagen, dass bei ihnen der Mindestabstand von 2 Metern zwischen Mitarbeitenden nicht permanent eingehalten werde. Ein Lagerist in der Maschinenindustrie im Kanton Bern: «Wir müssen an Bespre-

chungen teilnehmen, an denen mehr als fünf Personen anwesend sind und die zwei Meter nicht respektiert werden.» Eine Mitarbeiterin aus dem Kanton Freiburg, ausgerechnet von einem Pharma-Grossisten, schreibt: «Es gibt keine Masken oder Handschuhe. Die Verantwortlichen haben sich in den Büros eingeschlossen und denken nicht an uns.»

### ALIBI-KONTROLLEN

Roman Künzler, bei der Unia für die Logistik zuständig, fordert: «Die Firmen müssen jetzt zusammen mit den Gewerkschaften ein wirksames Schutzkonzept umsetzen.» Zudem brauche es Kontrollen, die diesen Namen wirklich verdienten. Denn obwohl die Unia Verstösse gegen den Gesundheitsschutz systematisch den zuständigen Behörden melde, hätten die Kontrollen prak-

tisch nie Sanktionen zur Folge. Künzler: «Die Kontrolleure melden der Firma oft im voraus an, dass sie kommen. Und sie befragen die Mitarbeitenden nicht.» Ihre Aufgabe, die Gesundheit der Arbeitnehmenden zu schützen, nähmen die meisten Kantone nicht wahr, kritisiert der Unia-Mann.

### KEIN SCHUTZ FÜR CHAUFFEURE

Schlecht geschützt sind auch viele Mitarbeitende, die bestellte Waren an die Kundschaft ausliefern. Bis zu hundertmal pro Tag drücken sie auf einen Klingelknopf, übergeben die Ware, lassen den Lieferschein unterschreiben. Trotzdem berichten

**STOP COVID-19! Das geht nur mit Schutzmassnahmen, auch für Fahrerinnen und Fahrer.** FOTO: KEYSTONE



28 Prozent in der Umfrage, es seien keinerlei Massnahmen getroffen worden, um den direkten Kontakt mit Kundinnen und Kunden zu reduzieren.

Und dies, obwohl die Chauffeure einen riesigen Einsatz leisten, wie dieser Päckelfahrer aus dem Kanton Zürich beschreibt: «Wir müssen ständig 12 bis 13 Stunden arbeiten. Auch am Samstag wollen sie, dass wir arbeiten. Es wurde uns gesagt, wir sollten glücklich sein, dass wir eine Arbeit hätten. Wir könnten ja gehen, wenn es uns nicht passe.»

Dividenden ausschütten, auch wenn die Arbeitslosenkasse die Löhne bezahlt

# Gewinne privat, Kosten dem Staat

**Firmen können ihre Mitarbeitenden von der Allgemeinheit finanzieren lassen und den Aktionären weiter Dividenden bezahlen. Dank der rechten Ständeratsmehrheit.**

CLEMENS STUDER

Fast 2 Millionen Lohnabhängige in der Schweiz müssen derzeit mit 20 Prozent weniger Lohn auskommen, weil sie wegen der Folgen des Coronavirus in Kurzarbeit stecken. Den um einen Fünftel gekürzten Lohn müssen sie zu 100 Prozent versteuern. Das ganz im Gegensatz zu den Besitzenden der Firmen. Die dürfen sich weiterhin ungeniert Dividenden in die Taschen stecken. Im steueroptimiertesten Fall bezahlen sie gar keine Steuern für dieses Einkommen. Im für sie «schlimmsten Fall» gibt's immer noch einen Rabatt von mindestens 30 Prozent. Bis 2019 war die Bevorzugung des Kapitaleinkommens gegenüber dem Arbeitseinkommen noch krasser. Das gilt selbst dann, wenn die Firmenbesitzer sich die Löhne ihrer Beschäftigten via Kurzarbeitsentschädigung von der Arbeitslosenkasse finanzieren lassen.

Wegen der Corona-Krise hat der Bund 6 Milliarden Franken Steuergelder eingeschossen und eine zusätzliche Verschuldung von 8 Milliarden Franken erlaubt. Das ist sinnvoll und nötig. Schamlos ist aber, wenn ein grosser Teil dieses Geldes indirekt in den Händen der Aktionärinnen und Aktionäre landet. Während aktuell (Stand 13. Mai) fast 40 Prozent der Lohnabhängigen in Kurzarbeit massiv weniger Geld zur Verfügung haben, schütten Firmen und Konzerne munter Dividenden aus und werden auch weiter ausschütten. Die rechte Mehrheit des Ständerates hat diese Schamlosigkeit unterstützt (wer diese Umverteilung von unten nach oben gut findet: siehe Tabelle unten).

## NÄCHTLICHE LOBBY-ATTACKE

Zuvor hatte der Nationalrat einen Vorstoss von Mattea Meyer überwiesen, der Zürcher SP-Nationalrätin und Kandidatin fürs SP-Präsidium (zusammen mit dem Aargauer Nationalrat Cédric Wermuth). Der Vorstoss wollte Unternehmen, die ihre Mitarbeitenden von der Allgemeinheit finanzieren lassen, verbieten, Dividenden auszuschütten. Ausgenommen wären kleinere, inhabergeführte Betriebe gewesen. Der Entscheid des Nationalrates war ein Schock für die Krisen-Profi-

teure. Die Finanzindustrie und die Steuervermeidungsprofis, die im Verein «Swissholding» organisiert sind, setzten über Nacht zu einem wahren Lobbyismus-Tornado an. Erfolgreich!

Als einer der aggressivsten Verteidiger der via Arbeitslosenkasse finanzierten Dividendenausschüttung trat der Zürcher FDP-Stände-

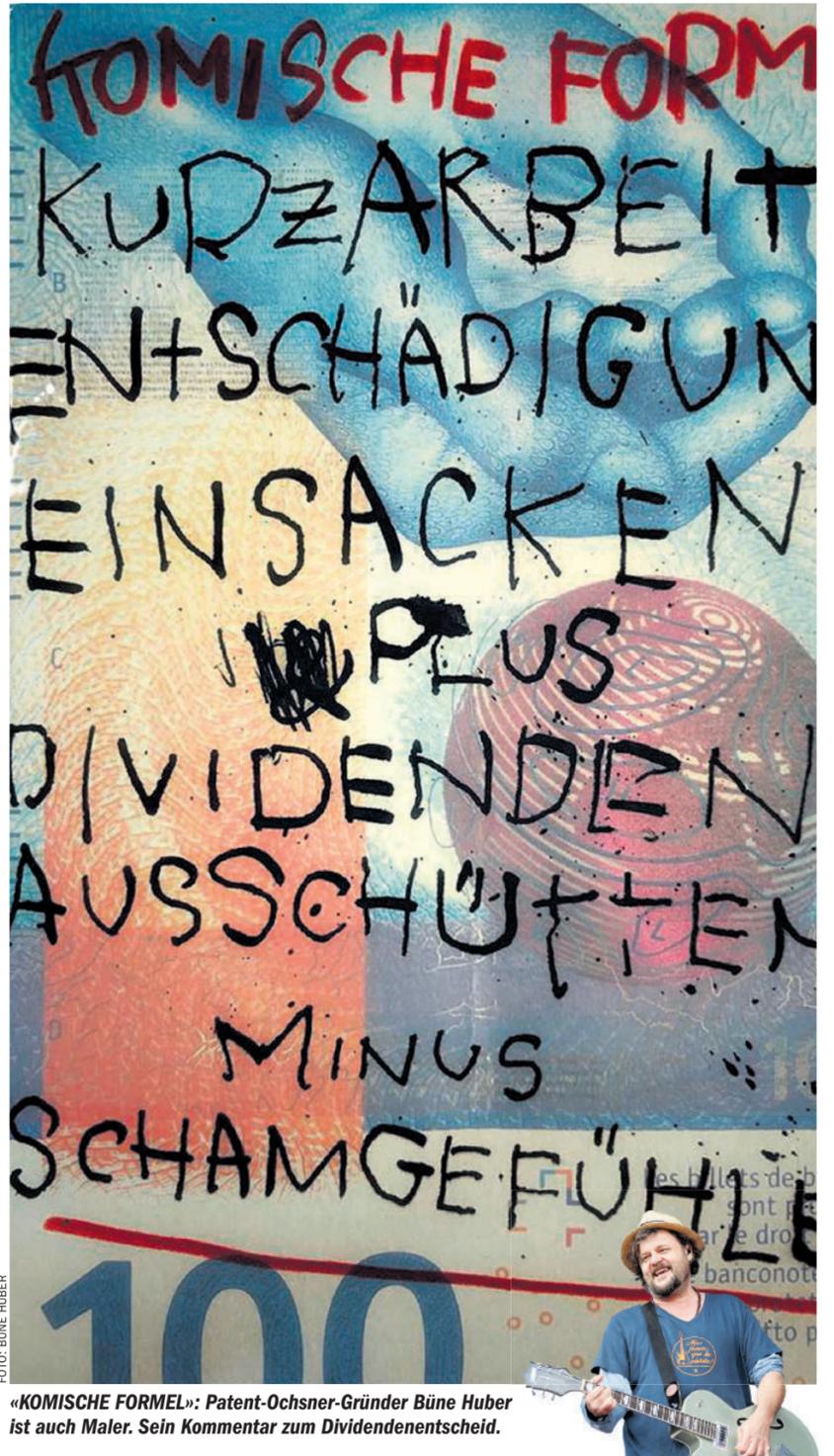
## Die Finanzindustrie setzte über Nacht zu einem Lobbyismus-Tornado an.

rat Ruedi Noser auf. Der wurde auch dank den rechten Grünen der GLP wiedergewählt und spielte schon bei der Konzernverantwortungsinitiative eine Rolle. Diese will, dass Schweizer Konzerne auch für im Ausland begangene Vergehen und Verbrechen in der Schweiz angezeigt werden können. Noser half bei der faktischen Versenkung eines schlagkräftigen Gegenvorschlags mit. Die Schnittmenge zwischen «Swissholding»-Mitgliedern und potentiell von der Konzernverantwortungsinitiative Betroffenen ist erheblich.

## MANN ERKLÄRT FRAU DIE WELT

Noser sagte in der Debatte, er sei «entsetzt» über den Entscheid des Nationalrates und griff Motionärin Meyer persönlich an: sie habe «vom realen Leben keine Ahnung». Übrigens: Nach der Session empfahl der alte rechte Mann Noser der jungen linken Frau Meyer öffentlich gar, sie solle sich bei einem weiteren Vorstoss, «der die Wirtschaft betrifft», doch vorher besser mit ihm «austauschen».

Das massive Lobbying der Dividenden-obwohl-Kurzarbeitsentschädigung-Befürwortenden zeitigte im Ständerat Wirkung. Er sagte mit 31 zu 10 Stimmen Nein zu einem Verbot. Damit war das Geschäft definitiv vom Tisch, und die Profite der Kapitaleigner waren gesichert. Getreu dem steten Motto aller Rechten: Gewinne privat, Kosten dem Staat!



«KOMISCHE FORMEL»: Patent-Ochsner-Gründer Büne Huber ist auch Maler. Sein Kommentar zum Dividendenentscheid.

## Ständerat: Sie finden die Abzockerei ok

Diese Ständerätinnen und Ständeräte finden das Umleiten von Kurzarbeitsentschädigung an die Aktionärinnen und Aktionäre gut:

AG	Thierry Burkart (FDP)	LU	Damian Müller (FDP)	TG	Jakob Stark (SVP)
	Hansjörg Knecht (SVP)	NE	Philippe Bauer (FDP)	TI	Marco Chiesa (SVP)
AI	Daniel Fässler (CVP)	NW	Hans Wicki (FDP)	UR	Josef Dittli (FDP)
AR	Andrea Caroni (FDP)	OW	Erich Ettlin (CVP)		Heidi Z'graggen (CVP)
BE	Werner Salzmann (SVP)	SG	Benedikt Würth (CVP)	VD	Olivier François (FDP)
FR	Johanna Gapany (FDP)	SH	Hannes Germann (SVP)	VS	Marianne Maret (CVP)
GL	Thomas Hefti (FDP)		Thomas Minder (SVP-Fraktion)		Beat Rieder (CVP)
GR	Stefan Engler (CVP)	SO	Pirmin Bischof (CVP)	ZG	Peter Hegglin (CVP)
	Martin Schmid (FDP)	SZ	Alex Kuprecht (SVP)		Matthias Michel (FDP)
JU	Charles Juillard (CVP)		Othmar Reichmuth (CVP)	ZH	Ruedi Noser (FDP)
LU	Andrea Gmür-Schönenberger (CVP)	TG	Brigitte Häberli-Koller (CVP)		

Die verbürgten KMU-Kredite bewahren Vermieter, Versicherer und Banken vor Zahlungsausfällen

# Ueli Maurers Banken-Sponsoring

**Bis zu 40 Milliarden Franken will der Bundesrat als Kredite für KMU verbürgen. Das schafft Liquidität. Doch die wahren Profiteure sitzen anderswo.**

CLEMENS STUDER

Um die Löhne der Lohnabhängigen von Firmen in der Krise zu schützen, gibt es die Kurzarbeitsentschädigung. Um die Liquidität von kleinen und mittleren Unternehmen sicherzustellen, will der Bundesrat Kredite verbürgen. Diese werden bis 500 000 Franken unkompliziert vergeben. In der Höhe von bis zu 10 Prozent des Jahresumsatzes.

Das ist einerseits gut, andererseits je nachdem auch eine Falle. Denn die meisten KMU, die unter den Folgen der Corona-

**Auch am Nullzinskredit verdient die Bank ganz gut.**

Pandemie leiden und sich den Liquiditätskredit besorgen, werden das Geld für Mieten, Versicherungen und Zinszahlungen brauchen. So gesehen, kommt SVP-Finanzminister Ueli Maurers Kreditprogramm zu einem grossen Teil den Ban-

ken, Versicherungen und Immobilienkonzernen zugute. Das ist nicht erstaunlich, haben doch die Banken massiv daran mitgeschrieben und sind entsprechend des Lobes voll. Denn auch wenn die Kredite (zumindest im ersten Jahr garantiert) zinsfrei



DIENER DES PROFITS: SVP-Bundesrat Ueli Maurer verteilt grosszügig Geld an Banken, Versicherungen und Immobilienkonzerne. FOTO: KEYSTONE

sind, verdienen sie gut daran. Zusätzlich ermöglicht ihnen die Schweizerische Nationalbank (SNB) mit der Erhöhung der Freigrenze für negativzinsfreie Anlagen einen potentiellen zusätzlichen Profit von zwischen 500 und 600 Millionen jährlich.

Wen wundert's da, dass die Banken an Dividendenausschüttungen festhalten, obwohl die Finanzmarktaufsicht (Finma) Zurückhaltung empfiehlt. Und zahlreiche europäische Banken darauf verzichten. Immerhin haben einige der Finanzindustriekonzerne unterdessen ihre Dividendenprogramme gestückelt – nach energischen Mahnungen der Finma.

## KREDITE MIT DIVIDENDENVERBOT

Wer einen der KMU-Kredite erhält, darf sich dagegen keine Dividenden ausschütten. Im Unterschied zu Firmen, die ihre Mitarbeitenden in die Kurzarbeit schicken. Da gibt es kein Verbot. Und es wird fleissig gemacht. Zum Beispiel von der TX-Group, die unter anderem den Zürcher «Tages-Anzeiger», die «Basler Zeitung» und die «Berliner Zeitung» verlegt. Oder von der NZZ, die dem vogelfreien Markt huldigt.

Ein Vorgehen, das auch Ems-Chemie-Besitzerin und SVP-Kronprinzessin Magdalena Martullo-Blocher völlig in Ordnung findet: Die Lohnabhängigen werden von der Sozialversicherung bezahlt, die Besitzenden füllen sich mit rabattbesteuerten Dividenden die Taschen. Und sie dürfen es dank der rechten Mehrheit im Parlament auch weiterhin schamlos tun (siehe Artikel oben).

**MILLIARDEN GEGEN DEN ALBTRAUM:** Zur Bewältigung der Corona-Krise greifen Bundesrat und Parlament tief in die Taschen – aber nicht in die richtigen.

FOTOS: GETTY/KEYSTONE; ILLUSTRATION: TNT GRAPHICS

## Die Corona-Krise kostet viel Geld

# Wer kassiert und wer verliert

**Die Folgen der Corona-Pandemie sind teuer. Und sie werden noch teurer. Wer bekommt eigentlich die Milliarden? Und wer bezahlt wirklich dafür?**

CLEMENS STUDER

Aktuell stellt der Bund 56 Milliarden bereit, um die ökonomischen Folgen der Corona-Krise zu mildern. Den grössten Teil dieser Ausgaben hatte der Bundesrat beschlossen. Unterdessen wurden sie vom Parlament abgesegnet und zum Teil ergänzt.

Was auffällt, aber nicht erstaunt: die kräftigsten Lobbies bekommen besonders viel Geld. Die 1,9 Milliarden an die Airlines Swiss, Edelweiss & Co. zum Beispiel gingen besonders schlank über die Bühne. Ohne klimapolitische Auflagen, nicht einmal unverbindliche Absichtserklärungen mochte man der Swiss abringen. Aber immerhin – entgegen den ersten Plänen des Swiss-Konzerns und des SVP-geführten Wirtschaftsdepartements – halbwegs abgesichert durch Aktienverpfändung. Das heisst: Wenn die Swiss ihre vom Bund verbürgten Kredite nicht zurückzahlen kann, wandern Swiss-Aktien zum Bund.

### KEINE HILFE FÜRS GEWERBE

Auch hier profitieren wieder die Banken mit. Wie bei den Überbrückungskrediten, die im wesentlichen ein Unterstützungsprogramm für Banken und Immobilienkonzerne sind (siehe Seite 6). Für die Kitas dagegen, die Ausfälle von geschätzt 200 Millionen Franken verzeichnen werden, wollte die politische Mehrheit nicht einmal die Empfänger selber wirklich. Statt in die Entstaubung der Hotelzimmer und des Angebotes flies-

### Der Bund stellt 56 Milliarden bereit, um die ökonomischen Folgen der Corona-Krise zu mildern:

- 40 Milliarden Franken für Überbrückungskredite für Unternehmen
- 6 Milliarden für die Kurzarbeitsentschädigung
- 5,3 Milliarden für Erwerbssersatz an Selbständige
- 2,6 Milliarden für die Beschaffung von Schutzmaterialien und Medikamenten
- 1,9 Milliarden für die Luftfahrtindustrie (Swiss & Co.)
- 280 Millionen für die Kultur
- 100 Millionen für den Sport
- 65 Millionen für Kitas
- 40 Millionen für die Tourismusbranche
- 30 Millionen für die Medienunternehmen
- 23,4 Millionen für den Zivilschutz

sen sie wohl eher wieder in sauglatte Werbekampagnen.

Was ebenfalls auffällt, aber ebenfalls nicht erstaunt: Jene Parteien, die sich sonst bei jeder Gelegenheit für «das Gewerbe» in die Brust werfen, entscheiden sich im Krisenfall lieber für ihre Grosssponsoren. So auch diesmal: eines der drängendsten Probleme für Gewerbebetriebe, die von den Anti-Epidemie-Massnahmen betroffen sind, ist die Miete. Sie ist neben den Löhnen der grösste Kostenblock. Wer sich mit einem Corona-Kredit verschuldet hat, konnte die vergangenen zwei Monate die Miete bezahlen und kann vielleicht sogar auch noch einen weiteren Monat daraus die laufenden Kosten bezahlen. Dann ist Schluss, aber die Immobilienkonzerne haben ihre Schäfchen im Trockenen.

Die fortschrittlichen Kräfte wollten dagegen dem kleinen und mittleren Gewerbe effizient helfen und einen Mietzinsersatz für die Zeit der coronabedingten Laden- und Beizenschliessungen. Doch die «Gewerbetriebe» stellten sich quer und scho-

ben das Geschäft auf die lange Bank. SVP-Banker-Nationalrat und Millionenerbe Thomas Matter wettete gegen eine «Enteignung» der Immobilienkonzerne. Die CVP-Fraktion lavierte und versenkte schliesslich einen von der Linken wohl mitgetragenen möglichen Kompromiss.

### WER SCHON BEZAHLT ...

Bis jetzt hat die öffentliche Hand alle beschlossenen Ausgaben finanziert oder garantiert. Sie ist sichtbar und funktioniert. Im Unterschied zur «Hand des Marktes», die definitionsgemäss unsichtbar ist. Vor allem dann, wenn es darum ginge, im Interesse der Mehrheit zu wirken.

Bezahlen tut auch die grosse Mehrheit jener Lohnabhängigen, die in Kurzarbeit stecken. Sie müssen auf 20 Prozent ihres Lohnes verzichten. Unterdessen sind es fast 40 Prozent der Beschäftigten. Das ist besonders für kleine und mittlere Einkommen einschneidend. Denn weder Miete noch Krankenkassenprämien sinken um einen Fünftel. Die Ausgaben für

Lebensmittel auch nicht. Bezahlen für die Corona-Krise müssen auch jene Lohnabhängigen, die auf die Strasse gestellt werden, obwohl die Kapitalgeber ihrer Firmen Millionen Dividenden kassieren. Wie zum Beispiel der Industriekonzern Oerlikon, der 800 Menschen entlässt – und den Aktionären gleichzeitig 340 Millionen Franken Dividenden ausschüttet (siehe auch Artikel Seite 6).

### ... WER WEITER BEZAHLEN SOLL

2019 lagen die Bundesausgaben bei 71,4 Milliarden Franken. Die bisherigen Ausgaben und Zusagen des Bundes bewegen sich in Richtung eines jährlichen Bundesbudgets. Das ist grundsätzlich kein Problem. Der Bund hat in den vergangenen Jahren Milliardenüberschüsse erzielt. Die Mechanik dahinter: Das seit 25 Jahren ununterbrochen bürgerlich geführte Finanzdepartement rechnet die jeweiligen Budgets systematisch schlecht. Die rechte Parlamentsmehrheit spart daraufhin bei den Ausgaben für Gesundheit, Bildung und Soziales. Und

verteilt gleichzeitig Steuergeschenke an Konzerne und Grossverdienende. Daran wollen die rechten Parteien von SVP bis GLP auch in der Krise festhalten. Bereits planen sie weitere Einsparungen im Bildungsbereich und im Gesundheitswesen sowie Beitragserhöhungen für Lohnabhängige bei den Sozialwerken. Und sie wollen die Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose abschliessen. Nicht rütteln wollen sie dagegen zum Beispiel an der Beschaffung von Luxuskaufjets für 6 Milliarden Franken mit Folgekosten in den kommenden Jahren von bis zu 30 Milliarden. Sparprogramme im Sozialbereich, bei der Bildung und im Gesundheitswesen oder Beitragserhöhungen bei den Sozialwerken kommen für die Gewerkschaften überhaupt nicht in Frage. Unia-Chefin Vania Alleva sagt: «Die Kaufkraft und damit die Lebenschancen der Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen müssen erhalten und verbessert werden!» Und es dürfe «keine Massenkongresse geben».

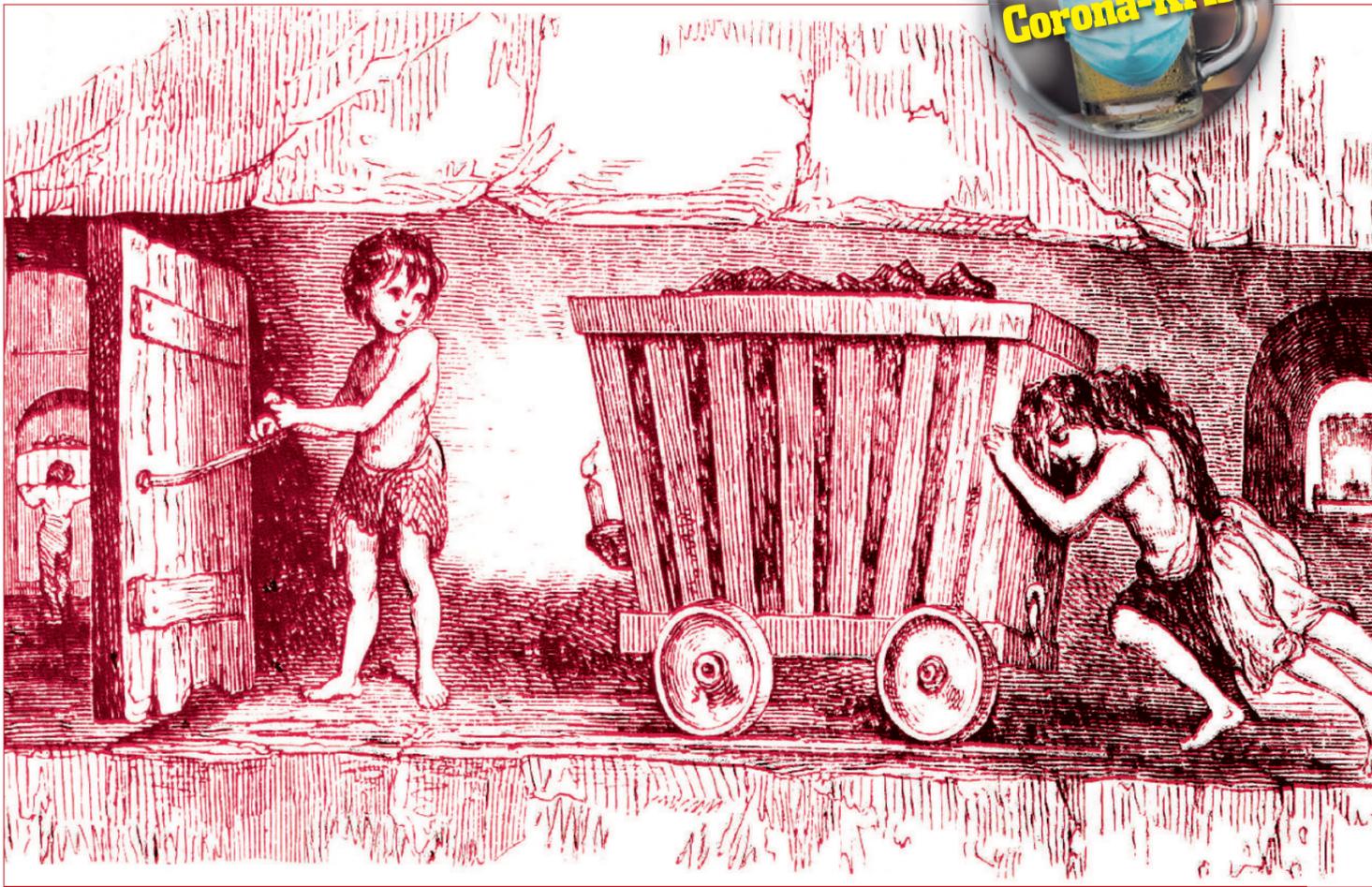
### ... UND WER EIGENTLICH MÜSSTE

Die Schweiz ist eines der reichsten Länder der Welt. Sie hat eine der höchsten Milliardärsdichten. Für Konzerne, Reiche und Superreiche ist sie ein Steuerparadies. Die dreihundert Reichsten der Schweiz besitzen zusammen 702 Milliarden Franken. Geld für die Finanzierung der Corona-Folgen ist genug da. Beispielsweise schlägt die SP darum unter anderem vor, Personen mit einem steuerbaren Einkommen von über 300 000 Franken für eine gewisse Zeit mit einem Aufschlag von 10 Prozent auf die Bundessteuer zu belasten. SP-Präsident Christian Levrat sagt: «Bezahlen soll die Krise, wer in der Krise Gewinne gemacht hat.» Die Grünen ihrerseits wollen die Schweizerische Nationalbank stärker in die Pflicht nehmen. Grünen-Chefin Regula Rytz sagt: «84 Milliarden Franken liegen hier als Ausschüttungsreserven auf Eis. Mit einem Teil davon können wir die Löcher in den Sozialwerken stopfen und ein Impulsprogramm für den ökosozialen Umbau finanzieren.»





# Was ist Kurzarbeit? Und wer hat sie erfunden? Als der Kaiser plötzlich Angst bekam



RAUS AUS DEM STOLLEN! Ohne Bergbaukumpel keine Kurzarbeit. Früher war Grubenarbeit sogar Kinderarbeit, wie dieser Stich aus dem 19. Jahrhundert zeigt. FOTO: ALAMY

**Statt Entlassungen Kurzarbeit. Und statt Stellenabbau Jobrettung: eine prima Sache. Nirgendwo in Europa wird diese Sozialversicherung so rege genutzt wie in der Schweiz.**

RALPH HUG

«Kurzarbeit ist eine Versicherung und keine Staatshilfe»: so rechtfertigen ihr Tun jetzt jene Firmenchefs, die beim Staat die hohle Hand für Kurzarbeitsentschädigung machen, aber gleichzeitig Dividenden an ihr Aktionariat ausschütten. So wie «Weltwoche»-Unternehmer Roger Köppel. Sie liegen falsch! Kurzarbeit ist sehr wohl eine «Staatshilfe». Und zwar gerade heute: Wegen der Corona-Krise hat der Bundesrat kurzfristig 8 Milliarden Franken in dieses Instrument eingeschossen. 8 Milliarden Steuergelder. Damit will er die negativen wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abfedern: statt Entlassungen Kurzarbeit, statt Stellenabbau Jobrettung.

## KUMPEL IN NOT

Auch historisch irrt, wer behauptet, Kurzarbeitsentschädigung sei bloss ein Versicherungsvertrag zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmenden. Kurzarbeit entstand vor gut hundert Jahren aus den Nöten der Kumpel im deutschen Bergbau. Es drohte grosse Arbeitslosigkeit (siehe Spalte rechts). Und Kaiser Wilhelm II. hatte Angst vor Revolutionen. Er sagte sich: lieber etwas zahlen als heikle Proteste heraufbeschwören. Weil es Steuergelder waren, zahlten die Búezer faktisch ihre Arbeits-

losenentschädigung damals gleich selber. Günstig für die Oberschicht und das Kaiserreich, die sich so ihre Herrschaft sicherten. Dasselbe Prinzip kam in der Schweiz zur Anwendung. Der Schock des Landesstreiks von 1918 veranlasste das Bürgertum zu Sozialreformen. Unter anderem entstand die Arbeitslosenversicherung (ALV).

## STAAT UND ARBEITER BEZAHLEN

Erstmals erwähnte das Bundesgesetz von 1924 die Kurzarbeit. Doch gegen diese Reform gab es massiven Widerstand. Die Arbeitgeber wollten keine «Subventionen für Gewerkschaftskassen». Der Hintergrund: Dank den Gewerkschaften gab es schon im 19. Jahrhundert

## Obligatorisch wurde die Kurzarbeit erst 1976, nach der grossen Ölkrise.

erste Arbeitslosenkassen. Arbeiterinnen und Arbeiter zahlten ein und erhielten im Schadenfall, sprich: bei Stellenverlust, Beiträge ausbezahlt. Teils zahlten Städte und Kantone über Subventionen mit. 1924 war nur gerade ein Zehntel der Erwerbstätigen gegen Arbeitslosigkeit versichert. Und 94 Prozent davon bei einer Gewerkschaftskasse. Das zeigt die soziale Pionierarbeit der Arbeitnehmerverbände.

Tatsächlich erreichten die Arbeitgeber, dass sie an die neue Arbeitslosenversicherung erst mal gar nichts beisteuern mussten. Staat und Arbeitnehmende zahlten, aber die Unternehmer nur, wenn es ihnen passte. Einzelne Branchen standen unter Druck. Daher gab es auch paritätische Kassen, bei denen die Unternehmen mitzahlten. Etwa in der Textilindustrie, die sich im Nie-

dergang befand. Diese hatte ein Interesse daran, dass ihr die Leute nicht davonliefen.

Obligatorisch wurde die ALV und mit ihr die integrierte Kurzarbeit erst 1976, nach der grossen Ölkrise. Auch damals wollte man Jobs retten. Seither ist Kurzarbeit als Instrument für den Arbeitsmarkt allgemein anerkannt. Und Arbeitnehmende und Arbeitgeber zahlen zu gleichen Teilen (je 50 Prozent) lohnabhängige Beiträge ein. Aber nur in Ländern mit einer sogenannten sozialen Marktwirtschaft. In den USA oder Grossbritannien etwa gibt es Kurzarbeit nicht. Es herrscht das Prinzip «hire and fire» (einstellen und rausschmeissen). Doch derzeit hilft Corona nach: Auch Donald Trump und Boris Johnson haben noch schnell eine Art Kurzarbeit eingeführt, um die explodierenden Arbeitslosenzahlen herunterzuholen.

## GUT INVESTIERTES GELD

Den Segen von Kurzarbeit bestreiten heute nur noch einige eingefleischte Sozialstaatgegner. Sie behaupten, sie rette keine Jobs, sondern zögere Entlassungen nur hinaus. Stimmt nicht, sagt eine Studie der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF) aus dem Jahr 2018. Nach der Finanzkrise 2008 legte der Bund ein Kurzarbeitsprogramm für 1,1 Milliarden Franken auf. Das war gut investiert. Es reduzierte die Entlassungen erheblich, wie die Studie anhand von Daten klar aufzeigt.

Heute arbeiten in der Schweiz wegen der Corona-Pandemie fast 40 Prozent oder fast zwei Millionen Beschäftigte kurz. So viele wie noch nie. Damit ist die Schweiz gemäss neuen Berechnungen des Europäischen Gewerkschaftsinstituts (Etui) bezüglich Kurzarbeit pro Kopf führend in Europa, vor Frankreich und Italien.

## RETTUNG FÜR KALI-KUMPEL

# KAISERLICHE KURZARBEIT

Vor dem Ersten Weltkrieg war das deutsche Kaiserreich in Nöten. Es gab zu viel Kali. Der Abbau dieses Minerals für Düngemittel musste begrenzt werden. Kontingente und Produktionsquoten wurden nötig. Dadurch drohten aber zahlreiche



WILHELM II.: Der deutsche Kaiser wollte lieber zahlen statt Proteste.

Kumpel im Bergbau arbeitslos zu werden. Um sie nicht ihrem Schicksal zu überlassen, sprang der Staat ein und zahlte ihnen eine Entschädigung. Eine Frühform der Kurzarbeit war geboren. Später baute die kriegsgeschüttelte Weimarer Republik dieses Instrument aus, als lindern des Mittel gegen die damals grassierende Nachkriegs-Arbeitslosigkeit.

**PIONIERARBEIT.** Erste Regelungen für eine Kurzarbeitsentschädigung gab es hierzulande 1924. Damals entstand das erste Arbeitslosenversicherungsgesetz. Schon zuvor aber hatten die Gewerkschaften Pionierarbeit geleistet: In manchen Branchen stellten sie freiwillige Versicherungslösungen für Arbeitslose auf die Beine. (rh)



## Die Briefträgerin & die Risikoprämie

Am Anfang war die Petition vom 25. März, von der Gewerkschaft Syndicom lanciert und «von Tausenden von euch» unterzeichnet: «Alle, die an der Front arbeiten, sollen eine Co-



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

rona-Risikoprämie erhalten.» Es folgten zwei Informationsschreiben. In einem teilte die Gewerkschaft freudig mit:

## «Der Presto-Kollege erhält keine Prämie.»

«Euer Engagement hat sich gelohnt. All jene, die in der Zustellung, der Sortierung oder am Schalter gearbeitet haben, erhalten einen Bonus von 500 Franken respektive 250 bei einem Beschäftigungsgrad von weniger als 50 Prozent. Syndicom hat diese Prämie für alle Postangestellten gefordert (...). Die monetäre Entschädigung ist in dieser Zeit ein Zeichen.»

**VERGESSEN.** Im Brief von der Post vom 20. April – im vertraulichen Du gehalten – wird die Gewerkschaft mit keinem Wort erwähnt. Die Post erscheint als Urheberin der Wohltat, und so wird es auch vom Teamchef kommuniziert. Als die Briefträgerin spöttisch nachfragt, gibt er aber ohne Zögern zu: «Ja, die Gewerkschaft steckt dahinter.» So als wäre diese Nebensächlichkeit kaum der Rede wert.

Die Post und die Gewerkschaft... «Man merkt dem Postsektor von Syndicom halt an, dass er früher ein Personalverband gewesen ist», bemerkte einmal eine kämpferische Gewerkschafterin. Während Thomas Baur, Konzernleitungsmitglied, vor ein paar Jahren froh in der Personalzeitung verkündete, einer seiner grössten Erfolge als ehemaliger Leiter Post-Mail sei gewesen, dass heute nicht mehr für jede Entscheidung die Gewerkschaft konsultiert werden müsse. Das Vertrauen der Belegschaft in die Postführung mache dieses Prozedere überflüssig.

**UNERFREULICH.** Die Risikoprämie ist erfreulich, der Begleitbrief der Post sympathisch, es schallt ein neuer Ton durch die gelben Hallen. Unerfreulich ist, dass die Leute von Presto, der für die Frühzustellung der Zeitungen zuständigen Posttochter, bisher nix bekommen. In seiner April-Lohnabrechnung findet der Presto-Kollege der Briefträgerin jedenfalls keine Prämie.

FOTO: AKG-IMAGES



**VOM START ENTÄUSCHT:** Stefan Krauer vermisse den Stress. Am ersten Tag nach dem Lockdown kamen nur wenige Gäste. FOTO: ZVG



**HOHER ZUSATZAUFWAND:** Majlinda Veli muss für die Schutzmassnahmen grossen Aufwand treiben. FOTO: NICO ZONVI

## Wiederöffnung: Koch Stefan Krauer (35) und Restaurantleiterin Majlinda Veli (26) erzählen vom ersten Arbeitstag: «Wir machen vieles möglich»

**In der Quartierbeiz lief es am ersten Tag gar nicht gut – und im Selbstbedienungsrestaurant nur dank Take-away-Angebot.**

CHRISTIAN EGG

Schon in den zwei Wochen vor der Wiederöffnung haben Koch Stefan Krauer und seine Kollegen immer wieder angepackt. Haben einen ganzen Tag die Tische umgestellt, bis überall zwei Meter Abstand waren. Haben Bleistifte und Kärtchen bestellt für die Kontaktdaten der Gäste (die sie jetzt doch nicht brauchen). Haben versucht, mit Maske zu kochen. Krauer: «Schon nach 45 Minuten sah sie schlimm aus – und wie willst du mit einer Maske probieren?» Und dann am grossen Wiederöffnungstag: nichts. Oder fast nichts.

### ZEHN GÄSTE STATT HUNDERT

«Sehr schlecht» laufe es, berichtet Krauer, als work ihn während der Zimmerstunde erreicht. An Montagen hätten sie über Mittag normalerweise etwa hundert Gäste. Am Wiederöffnungstag kamen gerade mal zehn. Das Team in der Zürcher Quartierbeiz konnte es kaum glauben. Ein Kollege sei dann auf Erkundungstour gegangen in

den Restaurants in der Umgebung. Und kam zurück mit der Nachricht, auch bei den anderen sei tote Hose. «Wirtschaftlich hat das nicht viel Sinn», sagt Krauer.

Und nicht nur das: «Im Gastgewerbe stehen wir alle auf den Stress. Wir sind stolz darauf, dass wir trotzdem ein feines Essen hinkriegen.» Wenn der Druck fehle, so der 35jährige, «dann geht der Spirit verloren».

Für ihn ist klar: Es wäre besser, die Beizen noch eine Weile geschlossen zu lassen und dann dafür richtig zu öffnen.

### EIN KNOCKOUT

Dasselbe sagt Gastrofachfrau Majlinda Veli. Sie ist überzeugt: «Die Branche wird so einen grossen Verlust machen.» Die 26jährige arbeitet schon seit zehn Jahren in der Gastronomie. Da sei «immer es bitzeli Krise – aber das hier, das ist ein Knockout.»

Das Selbstbedienungsrestaurant, das Veli in Zürich leitet, hat diese Woche trotzdem täglich über Mittag geöffnet. «Viele

Leute machen Take-away oder bestellen per Internet, deshalb geht die Rechnung für uns auf.» Wenn auch auf tieferem Niveau: Etwa 200 Gäste bedienen sie jeweils zwischen 10 und 14 Uhr. Vor Corona waren es 600 bis 700.

Zum Verweilen laden jetzt nicht mehr rund fünfzig kleine Tische. Sondern, im Zwei-Meter-Abstand, nur noch zwölf. Die seien allerdings häufig gut besetzt, sagt Veli: «Das hat mich überrascht. Das Restaurant sieht leer aus, es hat Markierungen am Boden, das Personal trägt Masken und Handschuhe – ist das wirklich ein schönes Ambiente?»

### ZEHN PAAR HANDSCHUHE PRO STUNDE

Die Handschuhe wechselt Veli pro Stunde mindestens zehnmal. Damit sie nicht Viren von einem Gast zum nächsten weitergibt. Dann kommen sie in einen separaten Abfalleimer mit Deckel. Und der wird jede Stunde geleert. So geht das zu Corona-Zeiten.

«Wir im Gastgewerbe machen vieles möglich», sagt dazu Unia-Mitglied Veli. «Ich wünsche mir, dass das mehr wertgeschätzt wird. Und ja: dass sich diese Wertschätzung auch in besseren Löhnen niederschlägt.»

## Warum hat sich die Unia nicht gegen die schnelle Öffnung der Beizen gestellt?

...und drei weitere brisante Fragen zum Gastro-Schutzkonzept an Mauro Moretto, Gastgewerbe-Verantwortlicher bei der Unia.

**work:** Wie finden Sie das neue Schutzkonzept von Gastrosuisse?

**Mauro Moretto:** Es ist sicher deutlich besser als das erste. Gastrosuisse hat die Verbesserungsvorschläge der Gewerkschaften weitgehend berücksichtigt. Entscheidend ist jetzt, wie die Betriebe den Schutz umsetzen. Sie müssen die Mitarbeitenden informieren und einbeziehen. Zentral ist das Einhalten der Dis-

**«Die meisten Kantone müssen bei den Kontrollen massiv zulegen.»**

stanzen. Als Ergänzung ist auch ein guter Schutz mit Plexiglas wichtig, etwa an der Theke oder am Empfang. Und dann müssen die kantonalen Arbeitsinspektorate die Umsetzung kontrollieren. In anderen Branchen gab es in den letzten Wochen viel zu wenig Kontrollen. Die meisten Kantone müssen hier massiv zulegen.

**Es gibt aber heftige Kritik aus der Branche, dass dieses Konzept nicht praxistauglich sei. Es sei für Gastromitarbeitende zum Beispiel**

**unmöglich, stets zwei Meter Abstand zueinander zu halten.**

Es stimmt, es gibt Betriebe, wo das nicht möglich ist. Dann müssen eben die Mitarbeitenden Hygienemasken oder Gesichtsvisiere tragen. Aber auch die Mitarbeitenden im Service haben das Recht, eine Maske oder ein Visier zu tragen. Für den Unmut habe ich Verständnis: Die Einschränkungen, die das Schutzkonzept zur Folge hat, machen niemandem Freude, aber ich sehe keine Alternative dazu. Wir alle – und da steht die Gastrobranche im Fokus – müssen mit konsequenten Schutzmassnahmen alles daransetzen, dass es keine zweite Infektionswelle gibt.

**Gerade kleine Betriebe sagen, sie machen mit einer Teilöffnung mehr Verlust, als wenn sie geschlossen blieben.**



**Mauro Moretto.**  
FOTO: UNIA

Ob Gastrosuisse mit dem Durchdrücken einer schnellen Öffnung der Branche einen Dienst erwiesen hat, ist eine berechtigte Frage. Ich habe in den letzten Wochen intensiv verfolgt, wie sich Arbeitgeber zu einer schnellen Wiederöffnung der Betriebe stellen. Ich habe viele ablehnende Stimmen aus allen Landesteilen gehört – und ich kann sie nachvollziehen.

### Weshalb hat sich die Unia denn nicht grundsätzlich gegen diese überstürzte Öffnung gestellt?

Unsere Position war immer glasklar. Es ist Aufgabe der Behörden und ihrer Experten, zu entscheiden, wann für welche Aktivität der richtige Zeitpunkt ist. Unsere Aufgabe ist der Schutz der Gesundheit der Mitarbeitenden. In diesem Sinn setzen wir uns überall für gute Schutzkonzepte und vor allem ihre Umsetzung ein. Die Wiederöffnung erfolgt jetzt sehr schnell. Für einige Betriebe zu schnell, weil sie kaum Zeit haben, um die nötigen Schutzmassnahmen mit Einbezug der Mitarbeitenden umzusetzen. CHRISTIAN EGG



**EIN KRAMPF:** Viele Restaurants werden jetzt den Betrieb wegen der

## Die Haurucköffnung «Ein Ke Da hab i

**Nicht wenige aus der Gastrobranche halten die Wiederöffnung der Restaurants für überstürzt und abenteuerlich.**

CHRISTIAN EGG UND MARIE-JOSÉE KUHN

Zwei Meter Abstand im Service und in der Küche – das sieht das neue Corona-Schutzkonzept des Branchenverbands Gastrosuisse vor. Die Köchin Sofia Valderama (26) vom Zürcher Gastra-Kollektiv sagt dazu: «In der Praxis funktioniert das kaum.» Im Gastgewerbe komme man sich ab und zu näher, «das lässt sich gar nicht vermeiden.» Genau das stellt auch Restaurantleiterin Majlinda Veli fest. Sie sagt: «Anderthalb Meter Abstand schaffen wir, aber zwei Meter nicht. Deshalb tragen wir alle Schutzmasken.» (siehe oben links)

### BEIZEN ALS BRANDBESCHLEUNIGER

Das Zürcher Gastra-Kollektiv setzt sich seit dem Frauenstreik 2019 für bessere Arbeitsbedingungen und gegen Sexismus im Gastgewerbe ein. Jetzt kritisieren die Fachfrauen die rasche Wiederöffnung der Beizen. «Wir waren wie vor den Kopf gestossen», erzählt Valderama. Dass ein so heikler Bereich wie die Gastronomie plötzlich in die zweite Stufe des Exit-Fahrplans rutschte, habe unter den Mitarbeitenden niemand verstanden.

Desinfektionsmittel, Schutzmasken, Trennwände: all das soll das Ansteckungsrisiko in der Beiz zwar verkleinern. Und ist im Schutzkonzept von Gastrosuisse minutiös und kompliziert geregelt (siehe Seite 13). Doch wie hoch ist das Restrisiko?



vielen Einschränkungen nicht rentabel führen können. Da nützt auch der Sparschäler nichts! FOTO: KEYSTONE

im Gastgewerbe macht Mitarbeitenden und Beizern Sorgen

# Kellner mit Schutzmaske? Ich keinen Hunger mehr! »

Sehr hoch, sagt der deutsche Epidemiologe und Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach. Im ZDF warnte er kürzlich eindringlich vor einer überstürzten Öffnung der Gaststätten: «Restaurants sind die Brandbeschleuniger der Pandemie!» Verschiedenste Corona-Studien belegen das. Zusammen an einem Tisch essen und reden sei höchst ansteckend. Tückisch beim Coronavirus ist auch: Wer noch keine Symptome zeigt, ist dennoch ansteckend. Und die Viren bleiben während Stunden in der Luft hängen. Räume müssten deshalb auch alle paar Stunden gründlich durchlüftet werden, mahnt Lauterbach. Doch welche Restaurants wollen das schon tun, während die Gäste da sind und es draussen noch nicht Sommer ist?

Es sind denn auch die gesundheitlichen Auswirkungen der Beizen-Haurucköffnung, die Sofia Valderrama beschäftigen: «Nicht so sehr meinethwegen, aber ich könnte andere anstecken, Gäste oder Personen im privaten Umfeld.» Und sie sagt deutlich, wie sich die Mitarbeitenden in der Gastronomie fühlen – mit ihren tiefen Löhnen und viele mit Migrationshintergrund: «als Kanonenfutter».

## KOMMT ES ZUR KONKURSWELLE?

Ein reiner «Lobbyisten-Entscheid» sei die Haurucköffnung gewesen, so die engagierte Köchin. Die Rechten, allen voran die SVP, wollten keine Kurzarbeitsgelder mehr ausgeben für die Branche. Deshalb die überstürzte Öffnung. Ist das so?

Noch sei «kein Entscheid gefallen, den Anspruch auf Kurzarbeit einzuschränken», sagt

Seco-Mediensprecher Fabian Maienfisch auf Anfrage: «Wenn Restaurants weiterhin die Anspruchsbedingungen für Kurzarbeit erfüllen, haben ihre Beschäftigten Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung.» Grundsätzlich müssten die Gastronomiebetreiber allerdings «alles Mögliche tun, um ihr Lokal unter den vorgeschriebenen Schutzmassnahmen wieder öffnen zu können». Das riecht nach Druck.

Köchin Valderrama sagt deshalb: «Damit stiehlt sich der Bundesrat aus der Verantwortung. Vor allem die kleinen Betriebe müssen jetzt selber schauen, wie sie mit den Einbussen überleben können.» Viele seien schon vor Corona finanziell am Limit gewesen: «Für die könnte der Entscheid den Konkurs bedeuten.»

Bedenken, es unter diesen Corona-Bedingungen ökonomisch nicht mehr zu schaffen, hat auch die Fernsehköchin und Gastro-Unternehmerin Meta Hiltbrand. Sie betreibt in Zürich das Restaurant Le Chef. Darin finden 60 Gäste Platz. Mit der neuen 2-Meter-Abstandsregel hingegen nur noch deren 20. Dies bei gleichbleibenden Personal- und Fixkosten! Hiltbrand schätzte im «Blick», dass sie dies drei Viertel ihres Gewinnes kosten könnte.

Noch schwärzer sieht Diego Dahinden, Mitinhaber des Berner Ausgehlokals Kapitel.

Er bezeichnete die rasche Öffnung als «die dümmste aller Lösungen». Auf Facebook machte der Gastronom seinem Ärger noch vor dem 11. Mai Luft: «Kein einziger Gastrobetrieb kann so halbwegs rentabel wirtschaften.»

## RECHNEN, RECHNEN, RECHNEN

Jedenfalls nicht die kleineren Lokale, die in der Küche zum Beispiel nur einen Koch und einen Tellerwäscher beschäftigen. Was sollen sie tun, wenn sie jetzt nur noch 50 Prozent Einnahmen erwirtschaften? Nur noch einen halben Koch und einen halben Tellerwäscher beschäftigen? Dahinden findet deshalb, es wäre klüger gewesen, länger zu warten und dann dafür «normaler» zu öffnen.

Die Haurucköffnung trifft nicht alle gleich. Die Grossen weniger als die Kleinen. Die viel Aussenfläche haben, weniger stark als die, die nur Innenplätze haben. Und doch müssen alle jetzt schwer rechnen. Andreas Hunziker, der CEO des Gastrogiganten ZFV, rechnet vor: «Natürlich braucht es prinzipiell für weniger Gäste weniger Personal. Doch ein Betrieb benötigt auch mit tieferen Frequenzen einen Grundstock an Mitarbeitenden. Und um die Umsetzung der Schutzmassnahmen zu gewährleisten, entstehen auch grössere Aufwände im Personal- und im Betriebsaufwand.»

Hunzikers Fazit: «Die Umsätze sinken durch die tieferen Frequenzen, während die Fix- beziehungsweise Bereitschaftskosten durch die höheren Aufwände steigen.» Gerade in der Gastrobranche mit ihren tiefen Margen sei das fatal:

«So können die reduzierten Umsätze die entstehenden Kosten nicht decken.»

## AMBIENTE GANZ ANDERS

Das Auge und die Seele essen mit. Das ist eine alte Gastroweisheit. Deshalb ist das Ambiente in einem Restaurant oft genauso wichtig wie das Essen auf dem Teller. Vor allem das Abendessen sei «ein Gesamterlebnis», sagt der Geschäftsführer des Gastrounernehmens Remimag, Bastian Eltschinger. Remimag betreibt schweizweit fast 30 Restaurants. Doch genau dieses Gesamterlebnis sei jetzt mit Corona ein ganz anderes. Eltschinger: «Wenn der Kellner mit einer Schutzmaske zum Tisch kommt und nach dem Bestellen erst mal die Speisekarte desinfiziert, dann wird die Atmosphäre nicht die gleiche sein wie vorher.»

Ein Kellner mit Schutzmaske? «Merci! Da habe ich grad keinen Hunger mehr!» So beschreibt Mike Hersberger vom Berner Gastro-Unternehmen Taberna spontan die Herausforderung von Corona-Zeiten im Restaurant. Dennoch ist er froh, «wieder offen zu haben», und zuversichtlich: «Wir haben gottlob vier Gartenbeizen und viel Platz.» Was genau passieren werde, ob die Leute überhaupt Lust hätten, auswärts essen zu gehen, würden die nächsten Wochen zeigen. Auch Remimag-Geschäftsführer Eltschinger ist gespannt. Im Lockdown hätten alle gemerkt, dass sie auch ohne Auswärtsessen überleben könnten, sagt er. Eltschinger ist deshalb überzeugt: Die Gäste würden nicht von null auf hundert in die Beizen strömen.

# Ob drinnen oder draussen: work ist dabei.



work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)



So war Beizentag 1 nach Corona

# Heute offen!



Fotograf Matthias Luggen war am ersten Tag nach dem Lockdown in Bern für work unterwegs. Im Restaurant Ringgenberg und im Adrianos Bar & Café. Doch plötzlich stand er vor einer Plexiglasscheibe: «Das ist schon sehr befremdlich!» sagt er. Doch Luggen ist beeindruckt vom professionellen Umgang der Mitarbeitenden mit dem Desinfizieren, Distanzhalten usw. Dass aber die Zeitungen fehlen in den Beizen, das tut Luggen «schon weh».



## Gastrosuisse-Schutzkonzept Der Rücken-zu-Rücken-Abstand

**Sieben eng beschriebene Seiten hat das neue Schutzkonzept für die Beizen. Nur: Wer's nicht auf die Reihe kriegt, kann nicht seinen Arzt oder Apotheker fragen.**

MARIE-JOSÉE KUHN

Alles ist geregelt: Händehygiene, Distanz halten, Gästegruppen kontrollieren, Reinigung, einfach alles. Und detailliert, aber wie! Einerseits: Gut, dass die Infektionszahlen derart gesunken sind und dass ein gewisser Alltag wieder stattfinden kann. Andererseits: Dieser Corona-Alltag ist für alle eine Herausforderung. Insbesondere für die Beizerinnen und Beizer. Zum Beispiel wegen der «Gästegruppen».

Das Konzept fordert: «Die Betriebe stellen sicher, dass sich die verschiedenen Gästegruppen nicht vermischen.»

Und definiert gleichzeitig: «Unter Gästegruppen werden jene Gäste zusammengefasst, die gemeinsam eingetroffen sind oder für die gemeinsam vor dem Besuch oder vor Ort reserviert wurde. Eine Gästegruppe umfasst 1 bis 4 Personen. Die Personen einer Gästegruppe sind miteinander bekannt.» Scheue Frage: Wer kontrolliert's? Ein Türsteher? Oder ein Rauschmeisser, wenn sich die «Gästegruppen» nach einigen Bieren doch vermischen? Nicht nötig, denn: «Der Betrieb bringt im Wartebereich Bodenmarkierungen an, um, wo nötig, die Personenflüsse zu lenken.»

Jedenfalls, so das Konzept weiter: «An einem Tisch darf maximal eine Gästegruppe von 4 Personen sitzen. Davon ausgenommen sind Eltern mit Kindern.» Und: «Alle Gäste nutzen Sitzplätze, Stehplätze sind nicht zugelassen.» Scheue Frage: Was machen jetzt Bars, die wenig Sitzplätze haben? Dürfen die, die keinen Sitzplatz ergattern, den anderen, die schon sitzen, auf den Schooss sitzen, wenn beide Masken tragen?

Jedenfalls, so das Konzept weiter: «An einem Tisch darf maximal eine Gästegruppe von 4 Personen sitzen. Davon ausgenommen sind Eltern mit Kindern.» Und: «Alle Gäste nutzen Sitzplätze, Stehplätze sind nicht zugelassen.» Scheue Frage: Was machen jetzt Bars, die wenig Sitzplätze haben? Dürfen die, die keinen Sitzplatz ergattern, den anderen, die schon sitzen, auf den Schooss sitzen, wenn beide Masken tragen?

### GEMESSEN AB BODEN

Ok, lassen wir die blöden Sprüche. Und gehen zu den Trennwänden. Grundsätzlich gilt im Restaurant und in der Küche die 2-Meter-Abstands-Regel. Oder eine Masken-tragepflicht. Für die Gästegruppen gilt: «Zwischen den Gästegruppen muss vorne und seitlich, Schulter zu Schulter, ein Abstand von 2 Metern und nach hinten, Rücken zu Rücken, ein 2-Meter-Abstand von Tischkante zu Tischkante eingehalten werden.» Ausser die Sitzplätze sind weniger als 2 Meter auseinander. Dann können Restaurants auch Trennwände montieren. Und für diese gilt:

1. «Die obere Kante der Trennwand befindet sich, gemessen ab Boden, auf einer Höhe von mindestens 1,5 Metern und mindestens 70 cm über dem Sitzplatz.»
2. «Die untere Kante der Trennwand befindet sich zwischen dem Boden und der Höhe des am tiefsten gelegenen Sitzplatzes, den die Trennwand trennt.»
3. «Die Trennwand reicht in der Horizontalen auf beiden Seiten des Ruheplatzes 50 cm über die Tisch-/Sitzkante hinaus oder schliesst direkt an eine Wand an.»

Alles klar? Oder brummt Ihnen nur der Schädel? Dann wird wohl doch nichts mit Ihnen als Wirt!

### KÖRPERKONTAKT VERBOTEN

Ok, Sie mögen einwenden, mit genügend Unternehmensegeist sei das doch ein Nasenwasser! Doch ist's noch nicht alles: Garderoben zum Beispiel sind jetzt nur dann zulässig, «wenn das Kleidungsstück versorgt oder entnommen werden kann, ohne dass andere Kleider oder Gegenstände (z.B. Kleiderbügel) angefasst werden». Restaurant-Mitarbeitende müssen sich jetzt also auch noch im Kleiderwerfen, ohne Bügel zu berühren, üben. Und sie sollen «das Anfassen von Objekten und Oberflächen möglichst vermeiden». Auch jeglicher Körperkontakt zu den Gästen ist verboten. Das Begrüssen viele Frauen im Service bestimmt, weil es ab sofort auch umgekehrt dringend empfohlen wird. Ausser bei «medizinischen Notfällen». Immerhin!

## Konzernverantwortung Stolpert Keller-Sutter?

In der EU geht es mit der Regelung der internationalen Konzernverantwortung vorwärts. Also mit der Haftung von international tätigen Firmen, wenn sie Menschenrechtsverletzungen begehen oder verbindliche Umweltstandards missachten. Didier Reynders, Justizminister der EU-Kommission, sagt: «Wir müssen jetzt handeln!» Es brauche verbindli-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

che Anforderungen für die Konzerne. Eine Studie über die bisherige Realität der Konzernverantwortung in den EU-Staaten hat gezeigt, dass unverbindliche Regeln und blosser Berichterstatter nichts bringen. Deshalb sagt Reynders: «Eine Regulierung ohne Sanktionen ist keine Regulierung.»

**FRANZÖSISCHES MODELL.** In Frankreich gibt es bereits seit zwei Jahren die bisher umfassendste Regulierung der internationalen Konzernverantwortung. Französische Unternehmer beklagen sich nun, sie würden härter angefasst als ihre Konkurrenten. Deshalb macht Frankreich zusammen mit anderen Ländern Druck für eine verschärfte EU-Regelung. Und Reynders will jetzt beim französischen Modell anknüpfen. Noch in diesem Jahr schickt er einen Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung, im nächsten Jahr sind Beratung und Verabschiedung in den EU-Institutionen vorgesehen. Das ist ein Meilenstein. Einer, über den absehbar Bundesrätin Karin Keller-Sutter stolpern wird.

**Wird die EU die Schweiz schon bald überholen?**

**DURCHSICHTIGES MANÖVER.** Die Justizministerin brachte kürzlich einen Alibi-Gegenvorschlag zur Schweizer Konzernverantwortungsinitiative (KoVI) ein. Diese will Multis ähnlich dem französischen Modell in die Pflicht nehmen. Keller-Sutter argumentierte, die Schweiz solle sich an der EU orientieren und nicht strengere Regeln beschliessen als diese. Mit diesem Manöver will die Justizministerin, die sich von der Vereinigung der Grosskonzerne «Swiss Holdings» briefen lässt, die Initiative versenken. Die Ironie: Gelingt ihr das Manöver und macht die EU nun tatsächlich vorwärts, dann wird für die Schweizer Konzerne ab 2022 die alte, zahnlose EU-Regulierung gelten. Während sich die Konzerne in der EU an eine strengere Regulierung halten müssen, ähnlich der Konzernverantwortungsinitiative. Und die Schweiz wäre dann wieder mal peinliches Schlusslicht. So wie schon beim Steuerhinterziehungsgeheimnis.



## Pflegende am Limit

Die anstrengende Tätigkeit und schlechte Arbeitsbedingungen schlagen dem Pflegepersonal auf die Gesundheit. Das war schon vor der Corona-Pandemie so. Wir haben 2019 zwei vertiefte Umfragen gemacht. Nun sind die Resultate online. [www.unia.ch/pflege-umfrage](http://www.unia.ch/pflege-umfrage)

# «Corona-Rebellion»: Aluhüte aller Glaubensrichtungen vereinigen sich Aufstand der Eingeschworenen



**Der Lockdown ist keiner mehr. Doch ausgerechnet jetzt wittern Corona-Leugner und Verschwörungsgläubige Morgenluft. Und machen erneut mobil.**

JONAS KOMPOSCH

Zirkus und Spektakel sind nichts Ungewohntes auf dem Zürcher Sechseläutenplatz. Doch seit Anfang Mai spielen sich dort immer skurrilere Szenen ab. Zuletzt am vergangenen Samstag anlässlich der zweiten «Mahnwache» gegen den Lockdown und die angebliche «Corona-Hysterie»: Junge Hippies mit Rastafrisuren pusteten Seifenblasen in die Luft und sangen Kumbaya. Kurlige Käuze hüpfen mit radikalen Christen und bekannten Esoterikerinnen händchenhaltend den Ringeltanz.

Daneben ein wutbürgerlicher Rentner mit Schweizerfahne in angeregter Diskussion mit einer Frau, die sich ganz in weisses Tuch gehüllt hat und Blumen verteilt. Flyer streut dagegen ein Mittfünfziger, der extra aus dem Appenzelischen angereist ist. Seine Botschaft: Die Mobilfunktechnologie 5G sei schuld am Coronavirus. Konkurrenz hat er von Anhängen-

**#Covidiot: Gemeinsam ist ihnen nur der Anti-Corona-Wahn.**

rinnen der sogenannten Bill-Gates-Verschöpfung. Sie besagt, der Microsoft-Gründer wolle mit Covid-19 die Weltbevölkerung dezimieren.

Auch eine Vielzahl von langjährigen Impfgegnern weibelt um die Wette. Auf einem ihrer Kartonschilder steht: «Impfen macht frei». In Anlehnung an «Arbeit macht frei», der Torbogenaufschrift der Nazi-Konzentrationslager. Daran stösst sich hier niemand. Erst recht



**OHM, DU MEINE GÜTE!** In Gedankenlosigkeit mit den Corona-Leugnern vereint. Meditierende an einer Anti-Corona-Kundgebung in Bern. FOTO: KEYSTONE

nicht jene Gruppe, die stumm und kreisförmig am Boden sitzt. Ein dazugestelltes Plakat erklärt: «Ich bin in einer Tiefenmeditation» und «100 Prozent friedlich».

**DER MÄRTYRER**

Unbestrittener Star des Tages ist allerdings der Aargauer Arzt und Verschwörungsgläubige Thomas Binder (59). Er war im April von einem Sonderkommando der Polizei in seiner Praxis abgeholt und vorübergehend in die Psychiatrie gesteckt worden. Dies, nachdem er auf sozialen Medien Gewaltandrohungen gegen Dritte ausgesprochen hatte, wie die Aargauer Oberstaatsanwaltschaft mitteilte. Seither ist Binder eine Art Märtyrer der Szene.

So heterogen wie in Zürich war die Protestmenge auch in Bern, wo mit rund 400 Personen

die grösste von fünf (illegalen) Kundgebung in der Schweiz stattfand. Und wohl auch die grösste Virenübertragung. Denn eines haben die selbsternannten «Corona-Rebellen» gemein: Social Distancing und Masken verlachen sie als «systemgesteuerte Propaganda». Dahinter stecke «die Politik», die das Ziel verfolge, die Freiheitsrechte auf ewig zu beschneiden. Helfershelfer dieses teuflischen Plans seien die sogenannten Mainstream-Medien, auch «Lügenpresse» genannt. Und weil der seriöse Journalismus nicht liefert, wonach die Szene lechzt, setzt sie zunehmend auf einschlägige Internetforen.

**SIEBEN DEMOS GEPLANT**

Dort findet sich für jede noch so krude Theorie eine Bestätigung. Auch für den Klassiker: den Alumi-

niumhut, der vor Gedankenkontrolle durch die Regierung schützt. Für schnellste Verbreitung solcher «verschwiegenen Wahrheiten» dienen Kurznachrichtendienste wie Whatsapp. Wobei die Facebook-Tochter den Corona-Fake-News mittlerweile den Kampf ansagt und das Weiterleiten von gesundheitsgefährdenden Falschnachrichten einschränkt. Beliebter ist deshalb die russische App Telegram, die überhaupt nicht interveniert.

So oder so geht der Irrsinn vorerst weiter, ungeachtet der Lockerungen. Für das Wochenende rufen zahlreiche Telegram-Gruppen erneut zu Demonstrationen auf. Diesmal in sieben Schweizer Städten. Auch Gegenprotest gibt es. Doch der bleibt aus Vernunft noch zu Hause und amüsiert sich online über die #Covidiot und #Aluhüte.

## Rechtsextreme schielen auf «Corona-Demos» Versuchslabor für Neonazis

**Sie seien unpolitisch, sagen die Anti-Lockdown-Demonstrierenden und irren schwer. Denn Rechts und Ganzrechts beklatscht sie schon längst.**

JONAS KOMPOSCH

Die «Corona-Rebellen» glauben, sie kämpfen gegen «den Mainstream», «die Eliten» und «das System». Tatsächlich kommt ihre Forderung nach einer totalen Lockdown-Aufhebung vielen Mächtigen gerade recht. Die Stossrichtung der Corona-Demos deckt sich mit der Haltung der dominierenden Rechtsparteien SVP und FDP. Denn das, was die Protestierenden jetzt lauthals fordern, hätten die beiden Parteien am liebsten schon vor Wochen gehabt: die Aufhebung der wirksamsten Schutzmassnahmen – Gesundheit hin oder her. Hauptsache die Dividenden fliessen.

Doch all das wollen oder können die Teilnehmenden der Mahnwachen nicht begreifen. Sie behaupten, mit Politik nichts am Hut zu haben und weder links noch rechts zu sein. Und genau diese Beliebigkeit nutzen Leute aus, die durchaus politische Ambitionen haben: Rechtsradikale.

**HITLERGRUSS.** Einer von ihnen ist der St.Galler Videoblogger Ignaz Bearth (36), einst Funktionär der Schweizer Neonazi-Partei PNOS. Er streamte am Samstag live vom Berner Bundesplatz und war ganz aus

dem Häuschen. Denn er sah in den paar Hundert Versammelten den Anfang einer grossen Volksbewegung. Und zwar gerade deshalb, weil die Leute aus so verschiedenen Milieus stammten und sogar Rechtsextreme tolerierten. So berichtete die «Berner Zeitung» von einem Mann, der vor dem Bundeshaus ungestört den Arm zum Hitlergruss erheben konnte. Bearth war daher euphorisch und schwärmte seinen 45000 Youtube-Followern vom «grossen Potential» der Berner Demo vor.

Seine Fans leben allerdings mehrheitlich in Deutschland. Dahin pilgert der hierzulande bisher gescheiterte Bearth regel-

**Rechtsextreme haben es auf die Anti-Corona-Freaks abgesehen.**

mässig und tritt als Demo-Redner auf. Etwa bei der ausländerfeindlichen Pegida in Dresden. Dort gelang es der Bewegung drei Jahre lang, Woche für Woche mehrere Tausend Personen zu mobilisieren.

Es kamen Verschwörungsgläubige, Wutbürgerinnen und Rechtsextreme – genau wie jetzt an den riesigen Corona-Demos in Berlin, München und Stuttgart. Doch der Lockdown lockt darüber hinaus auch verwirrte Hippies, Impfgegnerinnen



**«HYGIENE-DEMO»:** Protest gegen die Covid-19-Schutzmassnahmen in Berlin. FOTO: DPA

oder Esoteriker auf die Strasse. Auf diese politisch Unbedarften haben es die Rechtsextremen abgesehen, mit ihnen wollen sie Allianzen schmieden.



ZU SCHÖN, UM COVID-FREI ZU SEIN: Restaurantbesucherinnen und -besucher geniessen in Stockholm die Frühlingssonne. Schweden bezahlt einen hohen Preis für das Leben ohne Corona-Lockdown. FOTO: GETTY

Fast 50 Prozent mehr Corona-Todesfälle als in der Schweiz

# Schweden: Von wegen Vorzeigemodell!

**Der Lockdown in der Schweiz sei unnötig gewesen, behauptet «Weltwoche»-Chef Roger Köppel und andere rechte Marktanbeter. Und verweisen auf Schweden, das keinen Lockdown kennt. Doch sie irren.**

JONAS KOMPOSCH

Schweden ist bekannt für Elche, vergorenen Fisch und hohe Steuern – ganz und gar nicht aber für einschneidende Massnahmen gegen Corona. Umso mehr aufhorchen liess ein Beschluss der südschwedischen Stadt Lund. Deren Umweltbehörde verkündete Ende April, sie werde im zentralen Stadtpark eine Tonne Hühnermist ausstreuen. Nur so könne sie verhindern, dass sich zu der traditionellen

**Die schwedische Wirtschaft crasht härter als die schweizerische.**

Walpurgisnacht wie jedes Jahr 30 000 Feiern im Park versammelten. Behördenchef Gustav Lunblad erklärte gegenüber der Zeitung «Sydsvenskan»: «So haben wir nicht nur die Gelegenheit, die Parkwiese zu düngen, sondern es wird zugleich auch ziemlich stinken, weshalb es nicht so nett sein dürfte, im Park ein Bier zu trinken.» Das sei eine «beschissene Idee», empörten sich dagegen viele Lunderinnen und Lunder im Internet. Kein Wunder, denn gewohnt sind sie anderes.

**RECHTE SABOTEURE**

Schweden setzt nämlich seit dem Ausbruch der Corona-Krise fast ausschliesslich auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Bis zum heutigen Tag sind Geschäfte, Schulen und Restaurants geöffnet. Genauso die Landesgrenzen. Und auch der Mindestabstand zwischen den Menschen beträgt bloss einen Meter. Aber selbst wenn die sozialdemokratisch-grüne Minderheitsregierung einen Lockdown wollte, würde

sie ihn kaum hinbekommen. Denn anders als die meisten Staaten kennt Schweden kein Epidemiegesetz, das der Landesregierung in Notsituationen Vollmachten zugesteht. Noch jetzt muss prinzipiell jede Regierungsmassnahme vom Parlament abgesegnet werden. Und dieses wird von den Bürgerlichen dominiert, die der Regierung systematisch Steine in den Weg legen.

**SVP-KÖPPEL FIEBERT**

Mit den europaweit einzigartig laxen Corona-Regeln sorgte das skandinavische Land international für Kopfschütteln. Applaus gab es hingegen von rechten Marktanbeter, die den Profit des Einzelnen über die Gesundheit der Allgemeinheit stellen. Für sie war und ist Schweden der Beweis, dass ein Lockdown völlig überflüssig sei und viel zu viel koste. In der Schweiz vertrat diese Haltung zuerst und am lautesten SVP-Nationalrat Roger Köppel.

Kaum hatte der Bundesrat die ausserordentliche Lage ausgerufen, schoss die «Weltwoche» scharf gegen das teilweise Herunterfahren der Wirtschaft. Köppels Rechtsausenblatt fragte sogar: «Wie viel darf ein Menschenleben kosten?» Nur drei Tage später tauchte auch die NZZ am Sonntag auf dieses Niveau und stellte exakt dieselbe Frage. Die zynische Debatte war eröffnet, und auf der Suche nach Argumenten zeigten die Lockdown-Gegner stets gen Norden. Nach Schweden. Köppel selber behauptete am 16. April: «Schweden steht punkto Ansteckungen und Todesfälle besser da als die Schweiz.»

Tatsächlich stimmt das Gegenteil, wie die Statistiken des wissenschaftlichen Datendienstes Worldometer belegen: Am 16. April befanden sich die täglichen Neuankömmlinge in der Schweiz längst im Sinkflug (+361), in Schweden dagegen stiegen sie kontinuierlich an (+502). Dies, obwohl der Virus in beiden Ländern praktisch zeitgleich ausgebrochen war. Auch die absolute Zahl der Toten war in Schweden schon damals höher. Und dies trotz der Schweizer Nähe zum italienischen Corona-Epizentrum und auch trotz der viel geringeren Einwohnerdichte im weitläufigen Schweden. Doch lieber als Fakten mag Köppel markige Worte: Es sei «Willkürherrschaft», die der Bundesrat ausübe. Und überhaupt! Die Schweiz sei «wie auf Drogen», eine Diktatur

zwar noch nicht, aber eindeutig «auf dem Weg dazu». Hat der «Weltwoche»-Chef vielleicht Fieber? Nein, er schreibt solchen Unsinn mit politischem Kalkül. Er will die schweizerische Corona-Bekämpfung diskreditieren. Und damit vor allem auch SP-Gesundheitsminister Alain Berset. Seine Politik sei «Seuchensozialismus» ätzte kürzlich auch Rechts-Chefredaktor Eric Gujer von der NZZ. Köppel & Gujer ist die bisher durchaus wirksame und auch einigermaßen soziale Corona-Politik ein heftiger Dorn im Auge: zu viel Sozialstaat und zu wenig Laissez-faire-Politik. Und genau da muss Schweden als Corona-Vorzeigeland erhalten. Aus ideologischen Gründen.

**DÜSTERE BILANZ**

Denn auch die aktuellen Infektionszahlen sprechen kaum für den schwedischen Sonderweg: Noch in der zweiten Maiwoche starben täglich 78 Menschen an den Folgen einer Covid-19-Erkrankung. Bereits sind 3460 Personen dem Virus erlegen (Stand: 13. Mai). Das sind mehr als dreimal so viele Tote wie in Finnland, Norwegen und Dänemark zusammen – allesamt Nachbarländer, die auf einen Lockdown gesetzt haben. Und die Zahl der Toten pro 100 000 Einwohner ist fast 50 Prozent höher als in der Schweiz. Kommt hinzu, dass die schwedische Wirtschaft vom ausgebliebenen Lockdown, wenn überhaupt, nur geringfügig profitiert. So prognostizierte die schwedische Reichsbank für das laufende Jahr einen Wirtschaftseinbruch von mindestens 6,9 Prozent. Zum Vergleich: Der Internationale Währungsfonds (IWF) sagt für die Lockdown-Länder Frankreich, Grossbritannien und Spanien einen Einbruch von rund 7 bis 8 Prozent voraus. Und für die Schweiz rechnet das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) mit einem BIP-Absturz von 6,7 Prozent. Auch da schneidet die Schweiz also besser ab als Schweden.

**Biberli meint: «Skål! Die sehen vor lauter Fichten den Wald nicht mehr!»**



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## DIE WELT DANACH

Montag, 23. März: Der elegante Privatbankier Emmanuel Macron, seit dem Mai 2017 Präsident der Französischen Republik, hält am Fernsehen eine überraschende Rede: «Wir sind im Krieg!» Macron wiederholt den Satz fünf Mal in zwanzig Minuten.

Der Krieg gegen das mörderische Coronavirus in Europa und auf der ganzen Welt ist längst

**Der Imperativ heisst jetzt Deglobalisierung.**

nicht gewonnen. Nehmen wir Frankreich. Jeden Abend

geben die Sprecherinnen und Sprecher der Tagesschau die Opferzahlen durch. Bisher starben schon mehr als 25 000 Menschen (Stand: 13. März).

**NEOLIBERALE GESUNDHEITSPOLITIK.** Die

schleichende Privatisierung der öffentlichen Gesundheitsfürsorge und die neoliberale Sparpolitik sind in den meisten Staaten verantwortlich für das Massaker.

Im letzten Jahr streikten in Frankreich während fünf Wochen die Ärztinnen und Ärzte, die Krankenschwestern und Logistikangestellten der Intensivstationen in den Spitälern gegen ihre völlig ungenügenden Saläre. Ein diplomierter Pfleger in Paris verdient 1400 Euro im Monat, Assistenzärztinnen kaum viel mehr. Damit kann im urbanen Milieu niemand vernünftig überleben. Aber Macron verweigerte jegliche Lohnerhöhung. Die neoliberale Gesundheitspolitik produzierte schlimme Folgen: Massweise fehlen Betten und Apparate zur künstlichen Beatmung in den Intensivstationen.

(Deutschland, Belgien, Luxemburg und die Schweiz nahmen glücklicherweise schwerkranke französische Corona-Patienten auf.) Lebenssichernde Medikamente mussten erst aus Indien importiert werden. Masken kamen aus China. Wann die Seuche abebbt und wie viele Menschen noch sterben müssen, auch in der Schweiz, ist unbekannt. Sicher ist, dass radikale Reformen überall in Europa, auch in der Schweiz, durchgeführt werden müssen, wenn endlich der «Krieg» gewonnen ist.

**DER NEUE IMPERATIV.** Der Gesundheitssektor muss zum strategischen Sektor – genau wie die militärische Landesverteidigung – erklärt werden. Der Staat muss seine richtungweisende Kompetenz zurückgewinnen und massiv in den Gesundheitssektor investieren. Die bislang praktizierte Sparpolitik hat sich als katastrophal erwiesen. Staatsschulden müssen notfalls massiv erhöht werden. Im Pharmasektor muss der Staat eingreifen, mit Kapitalbeteiligung und wenn nötig durch Verstaatlichung. Die Produktion der wichtigsten Medikamente und medizinischen Instrumente muss in die europäischen Verbraucherländer zurückgeführt werden. Der Imperativ heisst: Deglobalisierung.

Heisst das, dass die Menschen nach der Seuche die neoliberale Wahnidee verwerfen werden? Dass in Deutschland eine rot-rot-grüne Koalition die Regierung übernimmt? Dass 2022 in Frankreich Jean-Luc Mélenchon zum Präsidenten gewählt wird? Dass in ganz Europa der Aufstand der Massen den Übergang zum demokratischen Sozialismus verlangt? Die Bedingung ist der Aufstand des Gewissens. Bertolt Brecht zeigt den Weg:

«Es wird der Tag, doch wann er wird, Hängt ab von mein' und deinem Tun. Drum wer noch nicht mit uns marschiert, Der mach sich auf die Socken nun.»

«Es wird der Tag, doch wann er wird, Hängt ab von mein' und deinem Tun. Drum wer noch nicht mit uns marschiert, Der mach sich auf die Socken nun.»

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

## TV-Doku Geschichte der Arbeiter

Was haben die ersten Fabriken Nordenglands mit dem Sklavenhandel zu tun? Warum zerstörten Textilarbeiter um 1800 nicht nur Webmaschinen, sondern – wie in Uster ZH – auch ganze Fabriken? Und weshalb war es Industriearbeiterinnen lange Zeit verboten, am Arbeitsplatz eine Uhr zu tragen? Diese und viele andere Fragen beantwortet jetzt eine vierteilige Doku-Reihe aus dem Hause Arte. Der deutsch-französische Fernsehsender beleuchtet nämlich nichts weniger als die Geschichte der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung in ganz Europa – und zwar von ihren Ursprüngen bis in die Gegenwart. Mit diesem Monumentalwerk ist Arte erneut ein grosser Wurf gelungen. Ob darin auch die Unia vorkommt? Schaut selbst!

Doku-Reihe: **Nicht länger nichts. Die Geschichte der Arbeiterbewegung.** Frankreich 2020 (4 Teile à 60 Minuten), online unter: [rebrand.ly/Arbeiter-Doku](https://rebrand.ly/Arbeiter-Doku)

## Echte Justizfälle Kriminal- Podcast

Jede Boulevardzeitung weiss: Nichts verkauft sich besser als blutig aufgemachte Titelseiten und schockierende Gewaltgeschichten. Doch spannende Kriminalberichterstattung geht auch ohne Effekthascherei. Das beweist seit Jahren Sabine Rückert. Sie ist nicht nur stellvertretende Chefredaktorin der deutschen «Zeit», sondern auch preisgekrönte Gerichtsreporterin und hat als solche schon unzählige Mörder, Forensikerinnen, Polizisten sowie Opfer von Gewaltdelikten interviewt. Und damit sogar schon Justizirrtümer aufgedeckt. Nun gibt es ihre fesselnden und äusserst lehrreichen Recherchen gratis auf die Ohren. Als Podcast für unterwegs oder zu Hause. Und Rückert ist dem Verbrechen noch immer auf der Spur – alle zwei Wochen bringt sie einen neuen Fall ans Licht. Einzige Gefahr: Suchtfaktor!

«Zeit»-Serie: Verbrechen.  
[rebrand.ly/verbrechen](https://rebrand.ly/verbrechen)

## Pflichtlektüre Verkannte Arbeit

Als Corona noch die ganze Schweiz aufschreckte, hielten viele kurz inne. Und dachten an die Menschen, die trotz viraler Gefahr täglich raus und dafür sorgen mussten, dass die wichtigsten Bereiche der Gesellschaft weiterfunktionierten. Dann gab's kurz Applaus, und die Pflegerinnen, Verkäuferinnen und Reinigungskräfte wurden plötzlich zu «Corona-Heldinnen». Hoffentlich ist das mehr als ein Hype! Denn viele Berufe im Dienstleistungssektor werden schlecht entlohnt, geringgeschätzt und sogar verachtet. Damit einher geht das systematische Desinteresse für die Lebens- und Arbeitsbedingungen vieler Arbeiterinnen und Arbeiter. Hier setzte schon 2012 das Buch «Verkannte Arbeit» an. Es ist das Standardwerk über den wachsenden Tertiärsektor. Es zeigt klar, wo der Schuh drückt und was man dagegen tun kann. Pflichtlektüre für alle Balkonklatzler.

Andreas Rieger, Pascal Pfister, Vania Alleva: **Verkannte Arbeit. Dienstleistungsangestellte in der Schweiz.** Rotpunkt 2012, 175 Seiten, CHF 28.–

Unfälle, Streiks und Hungersnot: Autor Stefan Keller sichert mit seinem neuen Buch die Spuren der Arbeiterinnen und Arbeiter im Thurgau

# Weltgeschichte aus Mostindien

**Spannender kann Geschichte nicht erzählt werden: Anhand von Schicksalen aus dem Thurgau erzählt Stefan Keller eine kleine Weltgeschichte des Arbeitens – und setzt neue Massstäbe.**

RALPH HUG

Der Name des Knaben, dem der Oberkiefer herausfiel, ist unbekannt. Klar ist nur, dass er um 1860 in der Zündholzfabrik des Herrn Moor in Arbon arbeitete. Und dass der herausfallende Oberkiefer kein Unfall war, sondern mit dem Phosphor zu tun hatte. Diesen hochgiftigen Stoff braucht es zum Herstellen der Zündhölzer. Der Junge litt an einer Krankheit namens Phosphornekrose. Autor und Historiker Stefan Keller schreibt in seinem neuen Buch «Spuren der Arbeit»: «Die Kiefernekrose ist eine schwer vorstellbare, extrem schmerzhaft, irreversible Katastrophe.» Die Krankheit des Jungen sei kein Einzelfall. Arbeiterinnen und Arbeiter in Zündholzfabriken hätten immer wieder berichtet, wie der Phosphor zunächst Kopfweg verursache, dann die Zähne ausfallen lasse und schliesslich die Kieferknochen zerstöre.

### KINDERARBEIT

Kann man so Geschichte erzählen? Ja, genau so muss sie erzählt werden, findet Keller. Dadurch, dass man nah an die Menschen herangeht. An die Menschen, die Geschichte machen, indem sie sie erleiden. Am Beispiel des namenlosen Jungen mit dem herausfallenden Oberkiefer erzählt er die schreckliche Geschichte der Kinderarbeit im 19. Jahrhundert. Wer das liest, wird nie mehr vergessen, was Kinderarbeit wirklich bedeutete und – in Teilen der Welt – noch heute bedeutet.

Keller geht in seinem neuen Buch der Geschichte der arbeitenden Menschen im Kanton Thurgau nach. Doch seine Reportage reicht weit über den Thurgau hinaus. Denn Keller weiss im Besonderen das Allgemeine zu sehen. Und so wird aus einem vermeintlich



**CHRAMPFERINNEN:** Textilarbeiterinnen im Thurgau. Historische Fotos von arbeitenden Leuten sind selten. Meistens posieren sie, damit das Bild nicht verwackelt. (undatiert)

thurgauischen Thema plötzlich eine kleine Weltgeschichte der Arbeit. In der Tradition von Niklaus Meienbergs historischen Reportagen sichert Keller dank unermüdlichem Sammeln von Fotos, Zeugnissen und Berichten die Spuren der einfachen Menschen, die selbst nie Zeugnisse hinterlassen haben und daher in der herkömmlichen Geschichtsschreibung gar nicht existieren.

Zum Beispiel Rosa Fisch. Sie arbeitet um 1900 in einer Fabrik in Romanshorn an einer Färbmaschine. Ihr Ärmel wird vom laufenden Zahnradtriebwerk erfasst. Der ganze rechte Arm und Teile der linken Hand bleiben zerquetscht zurück. Der Patron will nur bedingt für den tragischen Unfall kommen, obwohl Fisch nie mehr arbeiten kann. Ihr Vater prozessiert bis vor Bundesgericht. Dort erhält Rosa Fisch vollumfänglich recht. Kellers Schilderung dieses Falls macht klar, wieso

1918 eine staatliche Unfallversicherung und viel später auch eine Invalidenversicherung entstand. Der soziale Schutz fiel eben nicht vom Himmel, sondern war das Ergebnis beherrzter Kämpfe, wie sie Rosa Fisch ausgefochten hat.

Autor Keller sieht sich als Spurensicherer: «Von den meisten Leuten, die ein Leben lang arbeiten, weiss man am Ende wenig oder nichts. Sie bleiben unauffällig.» Erst wenn sie verunfallen, sterben oder hohe Geburtstage feiern, würden sie kurz wahrgenommen.

### HUNGER-KATASTROPHE

Keller erzählt auch von den spektakulären Kämpfen im Thurgau, etwa dem Streik bei B. Heine in Arbon 1908 (siehe Box), den ersten fremdenfeindlichen Krawallen gegen Italiener im Jahr 1902 oder auch vom verzweifelten Widerstand der Hungernden von Bichelsee 1816. Naturkatastrophen und Missernten hatten diese an den Rand des Todes getrieben. Doch davon liess sich Regierungsrat und B.-Heine-Finanzchef Johann Conrad Freyenmuth wenig be-

## Rekord-Streik: Der «Arboner Krieg»

Der härteste Streik im Kanton Thurgau – und wohl einer der härtesten der Schweiz – spielte sich 1908 in der grossen Stickereifabrik Arnold B. Heine & Co. AG in Arbon ab. Die 1500 Beschäftigten, vorwiegend Arbeiterinnen aus Italien, wehrten sich gegen eine Lohnsenkung. Es kam zum grossen Streik samt kollektiver Aussperrung.

**FÜNF MONATE.** Ein Arbeitskampf, der fünf Monate dauerte und international Beachtung fand. Gewerkschaften aus halb Europa sammelten Geld für die Streikenden am Bodensee. Der Kampf endete mit einem Lohnkompromiss. Patron Arnold B. Heine setzte sich vier Jahre später nach New York ab, als das Stickereigeschäft in die Krise geriet. (rh)

eindrucken. Der hartherzige Magistrat liess ihre Hilfsgesuche monatelang liegen, weil ihm das Wohl der Staatskasse näher lag als das Leben der Untertanen. So gibt Keller tiefe Einblicke in die Klassenherrschaft in der Zeit von 1800 bis heute. Genuine Geschichte von unten aus der Meisterklasse.

Stefan Keller: **Spuren der Arbeit. Von der Manufaktur zur Serverfarm.** Rotpunktverlag, Zürich 2020, CHF 38.–

## worklxl der wirtschaft

Hans Baumann



## CORONA-FINANZIERUNG: UNTERNEHMEN UND WOHLHABENDE SOLLEN BEZAHLEN

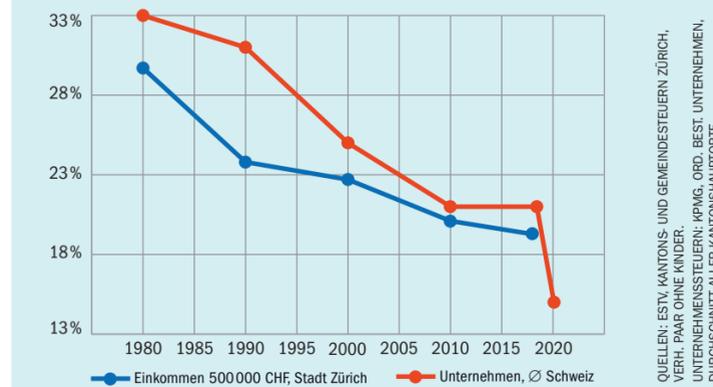
In den letzten Jahrzehnten wurden die Unternehmenssteuern mehr als halbiert. Auch Personen mit hohen und sehr hohen Einkommen wurden steuerlich entlastet. So bezahlte 1980 in der Stadt Zürich ein Paar ohne Kinder mit einem Bruttoeinkommen von einer halben Million fast 30 Prozent oder 150'000 Franken Kantons- und Gemeindesteuern. 2018 waren das nur noch 96'500 Franken oder 19,3 Prozent. Bis 2000 gab es noch eine merkbare Teuerung, danach nahm die Teuerung aber kaum mehr zu, die Steuersenkungen waren hingegen immer noch beträchtlich. Die Zahlen bei der Einkommenssteuer gelten für die Stadt Zürich, bei den Unternehmenssteuern ist es der Durchschnitt der Kantonshauptorte (siehe Grafik).

**ERTRÄGLICHE VERSCHULDUNG.** Sehr viele Kantone und Gemeinden in der Schweiz kennen aber tiefere Steuersätze, in Zug zahlt man bei einem Einkommen von einer halben Million zum

Beispiel nur halb so viel Steuern wie in Zürich. Das Corona-Hilfspaket des Bundes wird die öffentliche Hand rund 70 bis 80 Milliarden Franken kosten, wenn man die Mittel, die Kanton und Gemeinden aufbringen sollen, mit einrechnet. Das ist ein grosser Batzen, aber der Bund und die meisten Kantone stehen finanziell so gut da, dass ein Teil dieser Hilfe aus den vorhandenen Reserven und ein Teil mittels Neuverschuldung finanziert werden kann, ohne dass dadurch die Verschuldung ein erträgliches Mass übersteigt.

**GRÜNES IMPULSPROGRAMM.** Mit dem jetzt bewilligten Hilfspaket ist es aber noch nicht getan. Danach muss die Wirtschaft wieder angekurbelt werden. Dazu braucht es ein sozial und umweltverträgliches Impulsprogramm mit Investitionen in den Klimaschutz, in den Gesundheits- und Pflegesektor sowie in die Kinderbetreuung. Dies wird jährlich zusätzliche Milliarden

### Besteuerung hoher Einkommen und Unternehmen in Prozent



kosten und auch mehr Steuermittel brauchen. Keinesfalls dürfen dadurch tiefe und mittlere Einkommen, die jetzt in der Krise schon am meisten durch Kurzarbeit und Erwerbsausfälle gekürzt wurden, mehr belastet werden. Die zusätzlichen Mittel müssen bei jenen eingefordert werden, die in den letzten

Jahren von Steuersenkungen profitiert haben: mit einer Sondersteuer auf hohen Einkommen, einer Abgabe auf sehr hohen Vermögen und einem Solidaritätszuschlag bei den Unternehmenssteuern.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

# Der 1. Mai 2020 fand digital statt – aber nicht nur Raus zum 1. Mai!



TAG DER ARBEIT: 50 000 Leute waren online dabei. FOTO: SGB



BELLA CIAO: Die Banda di San Gallo durfte nur kurz die 1.-Mai-Klassiker spielen. FOTO: ZVG



FLAGGE ZEIGEN: Für die Solidarität. 1.-Mai-Aktion der Unia im Berner Oberland. FOTO: JOHANNES SUPE



BRUTAL: Hebamme Eva Frisch (rechts in Gelb), umringt von Polizisten. FOTO: ZVG

## St. Gallen: Pauken und Trompeten

«Kann nicht sein, dass am 1. Mai nichts los ist!» Das sagten sich die Mitglieder der Gruppe La Banda di San Gallo. Seit 15 Jahren führt diese 19köpfige Blaskapelle den grössten Maiumzug in der Ostschweiz an. Mit den linken Klängen von Bella ciao, Bandiera rossa und natürlich mit der Internationale. Mitglied Röbi Mähr: «Wir wollten ein aussergewöhnliches Zeichen der Solidarität setzen, denn der Tag der Arbeit ist in der Corona-Krise wichtiger denn je.» So behändigten die Mitglieder der Banda Pauke, Sax, Klarinette und Trompete, stellten sich an den Plätzen in der Altstadt im 2-Meter-Abstand auf und spielten fürs Publikum.

**BEIFALL.** Die Passantinnen und Passanten reagierten überrascht und erfreut über den unerwarteten 1.-Mai-Gruss, spendeten Beifall. Auch die Polizei hörte die Minikonzerter und rückte an. Ein klärendes Gespräch folgte. Dabei half, dass Trompeter Röbi Mähr eine rote Unia-Kappe trug und so als Gewerkschafter erkennbar war. (rh)

## Bern: Zu den roten Fahnen!

Die Unia-Jugend rief am 1. Mai zu den Fahnen. Genauer: dazu auf, eine rote Fahne vom Balkon oder aus dem Fenster zu hängen. Oder an die Baugerüste. Oder gleich aufs Hausdach, wie Elektriker Beat Schenk (27) aus dem Thurgau. «Der 1. Mai ist unser Tag, und den wollten wir trotz Versammlungsverbot sichtbar machen», sagt er. Und sowieso: «Eine rote Fahne sollte jeder und jede zu Hause haben.»

**KRITIK.** Der 1. Mai beschäftigt die Unia-Jugend auch noch zwei Wochen danach. Sie übt scharfe Kritik daran, wie die Polizei in mehreren Städten gegen die vereinzelt Demonstrierenden vorgegangen ist. Schenk sagt: «Zwei älteren Männern die Fahne abzunehmen (siehe unten) oder ein Gewerkschaftsplakat aus einem Kinderwagen zu konfiszieren – das ist völlig absurd!»

Für Unia-Mann Schenk ist deshalb klar: «Die Polizei hatte offenbar das Ziel, den 1. Mai ganz zu verhindern.» (pdi)

## Zürich: Protest der Systemrelevanten

Was Hebamme Eva Frisch (30) am 1. Mai erlebte, sei «absolut jenseits» gewesen. Mit Transparenten und Flugblättern postierten sich Frisch und eine Handvoll Mitarbeitende aus dem Gesundheitssektor vor dem Zürcher Rathaus. Sie fordern mehr Personal, Einhaltung der Pausen, genügend Schutzmaterial und weniger Überstunden. Hebamme Frisch: «Nach wenigen Sekunden rasten Kastenwagen mit Blaulicht heran, und Polizisten in Kampfmontur und mit Schrotgewehren sprangen raus.» Ein Pfleger, der gerade eine Rede hielt, sei mit voller Wucht an eine Wand gedrückt und verhaftet worden. Ebenso eine Ärztin, die die Brutalo-Aktion mit dem Handy filmte.

**FRECHHEIT.** «Unglaublich aggressiv» seien die Beamten gewesen, sagt Frisch. Das bestätigt VPOD-Sekretärin Anna-Lea Imbach, die auch vor Ort war. «Eine bodenlose Frechheit», sagt sie, «denn alle haben Schutzmasken getragen und viele Meter Abstand gehabt.» Alle ausser der Polizei, die zudem Leute gepackt habe, ohne Handschuhe anzuziehen. (jok)

## So schön war der 1. Mai! Lockdown heisst nicht Stillstand

Dieser 1. Mai war ganz neu, ganz digital – aber nicht minder real! Rund 50 000 Leute waren dabei, im Wohnzimmer, auf dem Balkon, im Park und vielleicht sogar auf dem Piz Palü. Letzteres empfahl zumindest Natascia Wey (VPOD), die zusammen mit David Roth (Syndicom)

die grosse digitale Schlusskundgebung aus dem Volkshaus in Zürich moderierte. Live dabei: der oberste Gewerkschafter Pierre-Yves Maillard – genau seit einem Jahr im Amt. Maillard: «Wir kommen nur solidarisch aus dieser Krise.» An die

Solidarität appelliert auch Unia-Chefin Vania Alleva. Und fordert: «Klatschen fürs Pflegepersonal reicht nicht, jetzt braucht es höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen!» Danach nahm Grünen-Chefin Regula Rytz auf dem Barhocker Platz. Sie betonte die Bedeutung der internationalen Solidarität, gerade in aussergewöhnlichen Zeiten wie diesen. Es folgten Slam-Poetin Patti Basler, Philippe Kuhn und der «Systemelefant». Zugeschaltet auch das deutsche Linke-Urgestein und (Zweck-)Optimist Gregor Gysi: «Nach der Krise wird die Wirtschaft hoffentlich wieder dem Menschen dienen, und nicht ausschliesslich dem Profit.»

**DIESER 1. MAI GING VIRAL!** Das schweizweit erste Gewerkschafts-TV zeigte 12 Stunden spannende Diskussionen über die brennendsten Fragen dieser Corona-Zeit. Denn Lockdown heisst nicht Stillstand. Auch in der Krise ruhen die progressiven Kräfte nicht: «Nur weil die Leute weniger auf der Strasse sind, heisst nicht, dass sich nichts tut», sagte SP-Nationalrätin Tamara Funicello im rechteckigen Videokonferenz-Kästchen in der digitalen Podiumsdiskussion. Diese wurde moderiert von work-Chefredaktorin Marie-Josée Kuhn. Ausser Funicello gaben auch Unia-Chefin Vania Alleva, Grünen-Nationalrätin Franziska Ryser und Unia-Mann Enrico Borelli linke Antworten auf die Corona-Kapitalismus-Krise ([rebrand.ly/linkeAntworten](https://rebrand.ly/linkeAntworten)).

**DIESEN 1. MAI GAB'S AUCH ANALOG!** Zuweilen war der Tag der Arbeit gar handgreiflich. Mit Pauken und Trompeten feierte ihn die Banda di San Gallo auf den Plätzen von St. Gallen. Auch die Polizei vernahm die Klänge und war sofort im Alarmmodus. Die Berner Polizei setzte das bundesrätliche Kundgebungsverbot «relativ absolut» durch, konfiszierte ein 1.-Mai-Plakat aus einem Kinderwagen und nahm einem 97-jährigen und einem 83-jährigen die SEV-Fahne weg. Die Zürcher Polizei war gar «absolut»: eine Handvoll Protestierende, mit Schutzmasken und Sicherheitsabstand, bödigte sie mit Kampfmontur und Schrotgewehren – ohne Masken und ohne Sicherheitsabstand (siehe links). ANNE-SOPHIE ZBINDEN

## Bern: Polizei stoppt Zwei-Mann-Kundgebung

Moritz Rapp ist pensionierter Lokomotivführer und 97 Jahre alt. Er ist seit 1946 in der Gewerkschaft (dem SEV), seit 1948 in der SP – und hat 85 Jahre lang keine 1.-Mai-Kundgebung verpasst. Dieses Jahr fielen die 1.-Mai-Demos auf der Strasse dem Coronavirus zum Opfer.

Da hatte Rapp – er war von 1973 bis 2009 auch ehrenamtlicher YB-Archivar – eine Idee: Gemeinsam mit seinem Freund Walter Hufschmid (83) wollte er die traditionelle Route der Stadtberner 1.-Mai-Manifestation ablaufen. Gesagt, getan: Hufschmid nahm seine SEV-Fahne mit. In BAG-konformer Abstand marschierten die beiden alten Kollegen los, Rapp im eleganten Dreiteiler – und wur-

den bald von einer Patrouille der Kantonspolizei gestoppt: Verstoss gegen das Kundgebungsverbot. Schliesslich, so die Beamten, könn-



MORITZ RAPP: 1.-Mai-Kundgebung trotz Corona. FOTO: TELEBÄRN

ten sich unvermittelt mehr Menschen Rapp und Hufschmid anschliessen – und dann wäre es eine Demo. Die Beamten beschlagnahmten die SEV-Fahne.

**RELATIV ABSURD.** Der Berner Polizeidirektor Reto Nause (CVP) meint zur Polizeiaktion gegen die Gewerkschaftsrentner: Das Kundgebungsverbot des Bundes werde in Bern halt «relativ absolut durchgesetzt». Was Nause und die Polizei unter «relativ absolut» verstehen, zeigte sich tags darauf auf dem Bundesplatz: dort versammelten sich mehrere Dutzend von rechten und esoterischen Corona-Leugnern, hielten die Abstandsregeln nicht ein und versuchten

Passantinnen und Passanten zu umarmen, weil der Virus ja harmlos sei. Die Polizei schaute zu – und wurde für ihre stille Sympathie von den Organisierenden später öffentlich gelobt.

Hufschmid konnte seine SEV-Fahne Tage nach dem 1. Mai wieder abholen. Und hat unterdessen eine zweite: Weil SEV-Kolleginnen und -Kollegen nach den Medienberichten aufgefallen war, dass sein Modell noch das alte Logo zeigt, bekamen Hufschmid und Rapp am 11. Mai feierlich eine aktuelle Fahne überreicht. CLEMENS STUDER

**Seit 85 Jahren an jedem 1. Mai dabei.**



**Das offene Ohr**

**Nicole Debrunner**  
von der Unia-Arbeitslosenkasse  
beantwortet Fragen  
aus der Arbeitswelt.

## Entlassung I: Verlängert sich die Kündigungsfrist bei Krankheit?

Meine Firma hat mir ordentlich gekündigt. Kurz danach bin ich während fünf Tagen erkrankt. Die Kündigungsfrist beträgt einen Monat. Führt das zu Problemen, wenn ich mich bereits nach erfolgter Genesung arbeitslos melde?

**NICOLE DEBRUNNER:** Ja. Denn bei Erkrankung verlängert sich die Kündigungsfrist. Da bei Ihnen bei einer Anmeldung direkt nach Genesung die Kündigungsfrist nicht eingehalten wäre, müsste die Arbeitslosenversicherung für den Zeitraum der Kündigungsfrist aufkommen. Es ist aber nicht angebracht, dass diese und damit die



**KÜNDIGUNG:** Die Firma muss auch bei Krankheit die Kündigungsfrist einhalten.

Allgemeinheit für einen Zeitraum, der eigentlich von der Firma geschuldet wäre, Leistungen erbringt. Die Arbeitslosenkasse wird Sie daher auffordern, Ihre Firma auf die verlängerte Kündigungsfrist aufmerksam zu machen und Ihre restliche Kündigungsfrist noch abzarbeiten. Befolgen Sie die Aufforderung schuldhaft nicht, werden Sie sanktioniert. Lehnt Ihre Firma Ihr Arbeitsangebot ab, zahlt Ihnen die Kasse zwar ab sofort Taggelder aus. Sie wird aber den bezahlten Betrag, der der entgangenen Kündigungsfrist entspricht, bei Ihrer Firma wieder einfordern.

## Entlassung II: Darf mir die ALK vorsorglich Tag- gelder streichen?

Mein Chef hat mich per sofort wegen angeblichen Diebstahls entlassen. Ich gehe gerichtlich gegen diesen Vorwurf vor. Die Arbeitslosenkasse will mir aber vorsorglich für 31 Tage keine Taggelder auszahlen. Ich soll das Geld erst erhalten, wenn das Gerichtsverfahren zeigt, dass ich an der Kündigung nicht mitschuldig bin. Geht das?

**NICOLE DEBRUNNER:** Ja. Wenn bei einer fristlosen Kündigung unklar ist, ob sie zu Recht erfolgte, darf die Kasse vorsorglich die Anzahl Taggelder kürzen. Denn oft müssen die Umstände einer Entlassung in langen Gerichtsverfahren geklärt werden. Die Frist für Sanktionen der ALV beträgt jedoch sechs Monate, und diese Frist könnte am Ende des Gerichtsverfahrens bereits abgelaufen sein. Wenn nun starke Indizien vorliegen, die versicherte Person trage die Mitschuld an ihrer Entlassung, muss die Kasse gleich nach der Anmeldung Sanktionen verfügen. Zeigt sich später, dass die versicherte Person an der Entlassung keine Schuld trifft, werden diese Sanktionen aufgehoben. In Ihrem Fall ist strittig, ob Sie einen Diebstahl begangen und dadurch Ihre Arbeitslosigkeit möglicherweise selber verschuldet haben. Deshalb werden Sie nach gängigem Recht zunächst während einer gewissen Zeit keine Taggelder erhalten. Wird Ihnen vor Gericht die volle Entschädigung für die gesamte Kündigungsfrist zugesprochen, wird die Arbeitslosenversicherung die vorsorglich nicht ausbezahlten Taggelder nachträglich auszahlen.

**18 workservice** 15. Mai 2020

Hygienemasken gegen das Coronavirus: Kein absoluter Schutz

# Ein Fetzen Tuch, der Leben

**Abstand halten. Hände waschen. Die wichtigsten Regeln haben wir intus. Soll man jetzt auch Masken tragen? work erklärt, was man über ihren Nutzen weiss – und was nicht. Und wann die Maske auf jeden Fall eine gute Idee ist.**

MARTIN JAKOB

Bleiben Sie zu Hause! Das war gestern. Die schockgefrorene Wirtschaft und die im Home sweet Home eingekerkerte Gesellschaft bewegen sich wieder Richtung Normalität. Kommt zur Arbeit! Zurück in die Schule! Geht shoppen – die Läden brauchen jetzt eure Bazen! So lauten die neuen Direktiven. Und werden brav befolgt. Auf den Strassen wachsen die Autokolonnen, die Pendlerströme schwellen an, im Gartencenter ellbögelt die Kundschaft um die schönste Hortensie, und in verwaiste oder halbleere Büros und Produktionshallen ziehen wieder mehr Arbeitskräfte ein. Nur werden die Räume nicht grösser. Weshalb es schwieriger wird, Abstand zu wahren. Am Arbeitsplatz, in Zug, Bahn oder Bus, im Einkaufsladen. Was tun, wenn der Rüpel von Mitmensch mir keine zwei Meter Di-

lich einen grösseren Schutzfaktor darstellt» (Daniel Koch vom BAG, Radio SRF 1 am 31. März). Gleichentags liess Marcel Salathé, Epidemiologe an der ETH Lausanne und eine Art Gegenpapst zum offiziellen BAG-Vatikansvorsteher Koch, die NZZ wissen: «Dass Masken die Übertragung des Virus bremsen können, ist aus wissenschaftlicher Sicht eigentlich klar.»

### EIN GEWISSER SCHUTZ...

Jedoch ist die Unsicherheit in der Maskenfrage kein schweizerisches Phänomen – sie ist global. Die Wissenschaft ist schlicht nicht in der Lage, eine gesicherte, unbestrittene Aussage zu machen, in welchem Umfang eine Maske wirklich schützt. Als gesichert kann aber gelten:

- Masken bieten mit hoher Wahrscheinlichkeit einen gewissen, aber sicher keinen vollständigen Schutz, vor allem nicht gegen die Übertragung der Viren via Aerosole (siehe Text rechts «Ein blinder Passagier»).
- Die aktive Schutzwirkung einer Maske ist höher als die passive. Das heisst: Tragen Erkrankte oder Personen, die den Virus ohne zu wissen in sich haben, eine Maske, verhindert die Schutzmaske recht gut, dass sie Gesunde anstecken. Im umgekehrten Fall – die maskentragende Person möchte sich gegen Personen schützen, die unmaskiert in der Gegend herumhusten – ist die Wirkung weniger sicher.
- Die Maske muss korrekt verwendet werden. Wird sie mit ungewaschenen Händen übers Gesicht gezogen, kann sie bereits Viren aufgenommen haben. Auch das Herumschieben im Gesicht, Zwischenlagern in der Manteltasche und andere Manipulationen können für Verunreinigungen sorgen. Wie man Schutzmasken korrekt überzieht und entsorgt, macht das BAG in einem Video vor: [rebrand.ly/maskenhandling](https://rebrand.ly/maskenhandling).

### Vor dem Anziehen der Maske immer Hände gründlich waschen.

stanz gewährt und kein Fluchtweg offensteht? Das Bundesamt für Gesundheit (BAG), unser aller Corona-Vatikan, empfiehlt: «Maske tragen, wenn Abstandhalten nicht möglich ist.»

Nun wissen wir, dass das BAG seit Ausbruch der Corona-Pandemie in der Maskenfrage herumieert. Im Pandemieplan von 2018 ist über Hygienemasken noch zu lesen: «Die Masken können einerseits bei bereits Infizierten die Ausbreitung der Keime durch Tröpfcheninfektion reduzieren, andererseits gesunde Personen bis zu einem gewissen Grad vor einer Ansteckung schützen. Dadurch reduziert sich das allgemeine Infektionsrisiko.» Dagegen fährt das BAG heute eine andere Linie: «Nach wie vor gibt es keine gesicherte Evidenz, dass das Maskentragen in der Öffentlichkeit wirk-



### WORKTIPP

#### KEIN FIRMENZWANG ZUR TRACING-APP

Der Bundesrat möchte, dass sich die Schweizer Bevölkerung die Corona-Tracing-App aufs Smartphone lädt. Diese erlaubt die Rückverfolgung der Aufenthaltsorte und Kontakte einer Person und soll damit im Falle einer Infektion die Rückverfolgung der Ansteckung ermöglichen. Das ist in Bezug auf den Datenschutz und den Eingriff in Grundrechte ein heikles Unterfangen. Vergangene Woche hat das Parlament beschlossen, dass der Bundesrat vor der Lancierung eine gesetzliche Grundlage schaffen müsse – auch wenn die App nicht für obligatorisch erklärt werden soll. Die grossflächige Einführung wird sich damit bis in den Sommer verzögern. Vorerst soll nur eine «Testphase» im kleinen Rahmen laufen. Sicher ist: Mitarbeitende können von ihrer Firma auf keinen Fall gezwungen werden, die freiwillige App einzusetzen. Regula Dick vom Unia-Rechtsdienst: «Eine vertragliche Verpflichtung, sich durch eine Tracing-App überwachen zu lassen, wäre ein schwerer Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Arbeitnehmenden und daher nicht zulässig.»

**BLAU, ABER KEIN WUNDER:**  
Die Schutzwirkung der Hygienemaske ist beschränkt. FOTO: GETTY

Wahrscheinlichkeit nochmals – wenn sie nicht als Ersatz für die anderen Massnahmen verwendet wird, sondern als Ergänzung. In diesen Fällen ist Maskentragen angebracht:

- **Wenn Sie müssen.** Je nach Arbeitsplatz ist Ihnen das Tragen von Schutzmasken vorgeschrieben. Dann muss Ihnen die Firma die Masken in guter Qualität und ausreichender Menge zur Verfügung stellen.
- **Wenn Sie den Abstand nicht kontrollieren können.** Mit solchen Situationen müssen Sie zum Beispiel im öffentlichen Verkehr rechnen, aber auch in stark frequentierten Fussgängerzonen, in Einkaufsläden, auf Rolltreppen oder im Lift.
- **Wenn Sie als Patient oder Kundin anderen Menschen nahe kommen.**

### ... ABER KEINE GARANTIE

Es verhält sich mit der Schutzmaske also wie mit dem Händewaschen und Abstandhalten: Eine Garantie gegen Ansteckung bietet sie nicht, aber sie reduziert die



**SCHWEIZ, WIR KOMMEN:** Mit SchweizMobil lassen sich Wanderungen prima recherchieren und vorbereiten. Kuhherden sind auf den Karten allerdings nicht eingezeichnet. FOTO: SCHWEIZ TOURISMUS

## Mit schweizmobil.ch Freizeit und Heimatland, diese

**Die Grenzen sind geschlossen – die Schweiz ist offen. Die Website der Stiftung SchweizMobil samt dazu passender App hilft bei der Tourenplanung zu Fuss oder mit dem Bike.**

MRTIN JAKOB

So gross ist die Schweiz: Um ihre gesamte Fläche auf Kartenmaterial im Massstab 1:25000 abzubilden, sind über 250 Faltskarten à 0,6 m<sup>2</sup> erforderlich; 150 m<sup>2</sup> Kartenmaterial. Bei Preisen von 15 Franken pro Karte wären das gegen 4000 Franken. Aber wahrscheinlich brauchen Sie für Ihre Wandertour nur gerade eine Karte – es sei denn, der Teufel will's, dass die Route zur Hälfte auf der einen, zur Hälfte auf der angrenzenden Karte liegt. Und wenn Sie statt

zu Fuss mit dem Bike unterwegs sind, wäre eine Karte im kleineren Massstab besser. Da kann man beim Kartenkauf schon ins Grübeln kommen...

**MASSTAB NACH WAHL.** Aber wozu sich den Kopf zerbrechen? Das gesamte Schweizer Kartenmaterial des Bundesamts für Landestopographie können Sie ja auf [www.schweizmobil.ch](https://www.schweizmobil.ch) auch online ansehen, dabei einen Massstab zwischen 1:10000 und 1:140000 wählen und sich nach Belieben offizielle Wege, beliebte Routen, Bahnhöfe, Sehenswürdigkeiten und Übernachtungsmöglichkeiten anzeigen lassen. Das Wichtigste sind die lückenlos eingezeichneten Langsamverkehrswege in der Schweiz: über 60000 km Wanderwege (davon

# rettet (vielleicht)



Respektieren Sie solidarisch das Schutzbedürfnis von Arbeitenden im Gesundheitswesen, im Coiffeursalon und bei anderen Gelegenheiten, wo kein genügender Abstand zum Personal möglich ist.

● **Wenn Sie selber krank sind.** Bleiben Sie so weit möglich zu Hause. Müssen Sie aber nach draussen – zum Beispiel für den Ärztinnenbesuch –, ziehen Sie die Schutzmaske über.

## MASKEN BESCHAFFEN

Schutzmaske ist nicht gleich Schutzmaske: Die chirurgische Hygienemaske ist im Detail- und Onlinehandel für Preise ab rund 80 Rappen pro Stück erhältlich, bietet aber nur einen geringen Eigenschutz. Sie ist zur einmaligen Verwendung bestimmt. Masken

aus waschbaren Baumwollstoffen sind zu Preisen ab rund 10 Franken erhältlich oder können selbst genäht werden (Anleitungen in grosser Zahl sind online zu finden). Sie

## FFP 2-Masken bieten den besseren Eigenschutz, sind aber teuer.

sind etwa gleich wirksam wie die chirurgischen Hygienemasken, lassen sich jedoch nach einer Wäsche bei 60 Grad wiederverwenden. Atemschutzmasken mit einem Eigenschutzfaktor von 95 Prozent gegen Viren (FFP 2 oder KN95) kosten 5 bis 10 Franken pro Stück, sind aber nur einmal verwendbar. Sie sind vor allem für Personen mit erhöhtem Risiko empfohlen.

## CORONA

### EIN BLINDER PASSAGIER

Überfall! Wer im Mittelalter mit Ross und Wagen von Bern nach Zürich reiste, geriet womöglich in einen Hinterhalt, sah sich seiner Habe beraubt oder bezahlte die Reise gar mit dem Leben. Wer heute bequem und schnell die gleiche Fahrt mit der Bahn unternimmt, muss sich vor Räubern unterwegs kaum fürchten. Dafür liegt die Gefahr in der Luft: Sars-Covid-19.

**FEINSTE TRÖPFCHEN.** Der fiese Virus sitzt mit im Zugabteil, transportiert von einer unbekannt Anzahl Virentägern unter den Passagieren. Oder im Büro. Oder im Laden. Wo auch immer: Es lauert auf jede Gelegenheit, eine neue Wirtin zu finden. Es dockt an die grossen und feinen Tröpfchen aus der feuchten Atemluft an, welche die Virentäger ausstossen – beim Niesen, beim Husten, beim Sprechen. Die Tropfen sind unterschiedlich gross. Je grösser, desto schneller sinken sie zu Boden, auf Tische, Geräte und Arbeitsflächen in der Nähe. Feinste Tröpfchen hingegen, Aerosole genannt, können recht lange in der Luft schweben oder von Zugluft und Wind transportiert werden.

**TÜCKISCH.** Berühmtes Beispiel für die Effizienz dieser Aerosole ist das Grossraumbüro eines südkoreanischen Callcenters, wo sich der Virus, von einem Mitarbeiter eingeschleppt, der trotz Symptomen zur Arbeit erschien, über die Raumklimatisierung auf 94 seiner 215 Kolleginnen und Kollegen auf der gleichen Etage übertrug. Gegen den Virus gibt es zurzeit keine Impfung und gegen die schlimmsten Verläufe der Krankheit keine garantiert wirksamen Medikamente. Es ist zudem tückisch: Auch wer keine oder nur schwache Symptome bemerkt und diese gar nicht als Covid-19-Erkrankung wahrnimmt, kann vom Virus befallen sein und ihn weiterverbreiten. (jk)

## saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



**DIGITALE KONFERENZ:** Dank Homeoffice und Besuchsverbot hat Software für Videogespräche einen Boom erlebt. FOTO: RAWPIXEL

## So bleibt Ihr Video-Gespräch privat

In Zeiten von Corona ersetzen Videokonferenzen persönliche Treffen. Doch Programme wie Zoom und Skype höhnen die Privatsphäre aus. Dies sind drei gute Alternativen:

**JITSI MEET: BESTES GRATISTOOL.** Das Gratisprogramm eignet sich für Konferenzen bis 20 Personen. **Datenschutz:** Nutzer müssen sich nicht registrieren. Jitsi legt den Programmcode offen. Jede Expertin kann prüfen, was das Programm macht. **Benützung:** Jitsi ist schnell eingerichtet. Auf PC und Mac genügt der Browser. Für Handys braucht es eine App.

**NEXTCLOUD: PERFEKT FÜR HOMEOFFICE.** Das Programm bietet nicht nur Videokonferenzen, sondern ein Gesamtpaket für das Homeoffice. Word- und andere Dateien lassen sich damit bearbeiten. **Preis:** 10 Franken pro Monat (unter [rebrand.ly/nextcloud](https://rebrand.ly/nextcloud)). **Datenschutz:** Alle Verbindungen sind verschlüsselt. Der Server steht in der Schweiz. **Benützung:** Nutzerinnen können via Computer oder Mobilgeräte von überall her auf ihre Daten zugreifen und sie austauschen.

### Programme wie Zoom und Skype höhnen die Privatsphäre aus.

**SIGNAL: SICHERER ALS WHATSAPP.** Das Gratisprogramm ist eine Alternative zu Whatsapp für Sprach- und Videoanrufe auf dem Handy mit zwei Teilnehmenden. **Datenschutz:** Offener Programmcode. Alle Verbindungen sind verschlüsselt. Die Betreiber haben keinen Zugriff auf Gespräche. **Nachteile:** Nutzer müssen ihre Telefonnummer angeben. Firmensitz und Serverstandort sind in den USA. **Benützung:** Schnell eingerichtet. Auch Chats und Sprachnachrichten möglich. VANESSA MISTRIC

## Ferien planen App ist aber praktisch!

12 800 km nationale, regionale und lokale Routen), 11 000 km Velorouten, 9500 km Mountainbiketrails, 1200 km Skatingrouten und 350 km Kanustrecken.

**EIN NATIONALES WERK.** In Betrieb ist SchweizMobil seit 2008, nachdem die Stiftung Veloland Schweiz mit vielen Partnern acht Jahre zuvor die Idee eines nationalen Routenangebots für den Langsamverkehr entwickelt hat. Im Netzwerk der Stiftung SchweizMobil wirken heute mehrere Bundesämter, alle 26 Kantone, die grossen Tourismusverbände, ÖV-Anbieter und weitere Verbände mit.

Um die Routenmöglichkeiten im gewünschten Zielgebiet zu erkunden, verwendet man am besten einen Rechner mit grösserem Bildschirm – also

PC oder Laptop. Da lassen sich die Routenvorschläge samt Gelände in Ruhe betrachten und nach Bedarf auch ausdrucken. Mit der kürzlich überarbeiteten Gratis-App hat man die gleichen Informationen auch unterwegs dabei.

**ROUTEN ZEICHNEN.** Noch mehr Möglichkeiten erschliessen sich mit SchweizMobil Plus: Wer sich ein Jahresabo zum Preis

### Das Wander- und Velowegnetz misst rund 80 000 km.

von 35 Franken leistet, kann nach dem Einloggen auf der Website oder in der App eigene Routen einzeichnen und speichern. Das Zeichnen ist mit

magnetischer Wegführung komfortabel gelöst, und bei Abschluss der Route zeigt SchweizMobil die Länge, die Höhenunterschiede und die benötigte Wegzeit an. Die Routenkarte und das Höhenprofil lassen sich ausdrucken, die Karte auch als GPS-Track exportieren. Wer mit dem Smartphone unterwegs ist, hat die Karte auch digital stets abrufbereit dabei.

«Diesen Sommer geht ausserdem das neue Tracking-Tool in Betrieb», kündigt Christian Frischknecht von SchweizMobil an. «Damit lassen sich die effektiv begangenen Wander- oder Fahrwege aufzeichnen.» Ein wichtiges Beweismittel, falls Ihnen niemand glaubt, dass Sie am Wochenende drei Dreitausender bestiegen haben ...

[www.schweizmobil.ch](http://www.schweizmobil.ch)

## VERLOSUNG

### GEWINNEN SIE EIN ABO!

Mit SchweizMobil Plus können Sie auf [schweizmobil.ch](http://schweizmobil.ch) eigene Routen zeichnen, berechnen und archivieren, Texte und Fotos hinzufügen, GPS-Tracks exportieren und importieren, Routenkarten an Freunde senden. Möchten Sie ein Jahresabo im Wert von 35 Franken gratis?

Schreiben Sie ein E-Mail an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) mit Ihrer Adresse und dem Stichwort «Schweizmobil». Die ersten fünf Einsender erhalten ein Jahresabo geschenkt.

## Movendo: Zurück zum Normalbetrieb Endlich wieder weiterbilden

**Mitte März musste auch Movendo, das Bildungsinstitut der Gewerkschaften, den Kursbetrieb einstellen. Am 8. Juni geht's wieder los.**

Der Buchungsstand war hoch, die ersten Kurse des Jahres 2020 liefen gut – dann kam Corona. Ab Mitte März durfte Movendo keine Präsenzveranstaltungen mehr durchführen. Einige Kurse konnten während des Lockdowns im Onlinemodus durchgeführt werden, andere wurden abgesagt. Nun ist das Movendo-Team daran, Verschiedenes festzulegen und mit den angemeldeten Personen Kontakt aufzunehmen. «Wir hoffen, möglichst alle Kurse dieses Frühjahrs bis Ende Jahr oder

spätestens bis Ende des ersten Quartals 2021 nachholen zu können», sagt Institutsleiter Michael Herzka. «Selbstverständlich werden wir bei allen Kursen ab dem 8. Juni ein Schutzkonzept einsetzen, das alle Vorgaben des Bundes und des Verbands erfüllt.»

Weiterhin kann man sich für alle künftigen Kurse des Jahres 2020 einschreiben. (jk)

Die nächsten Kurse mit freien Plätzen: **Gesund bleiben am Arbeitsplatz: stehende Berufe** (25. Juni), **Burnout erkennen und vorbeugen** (24./25. August), **Suchen und finden – sicher im Internet** (28. August). Das vollständige Programm: [movendo.ch](http://movendo.ch).





Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Checks: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m. [www.reka.ch](http://www.reka.ch)

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 8  
Das Lösungswort lautete: GLOBALISIERUNG



DEN PREIS, eine Hotelübernachtung im Seminarhotel FloraAlpina in Vitznau LU, hat gewonnen: Walter Stucki, 4852 Rothrist. Herzlichen Glückwunsch!

wissenschaftl. Beruf			US-Animationsfilm (2001)	zart, filigran	Einheitenmesser			seichte Flussstelle	Firmensignete	österr. Luftfahrtskizzen	silberglänzendes Metall		Teil e. Theaterstücks		Industriestadt in West-Finnland	in Schräglage bringen	Bundesamt für Gesundheit
Gemahlin, Gattin						8		Ausgangssperre (engl.)	9								Nasal-laut
Abk.: Obligationenrecht			verdunstendes Wasser		weiter oben gelegen								11	aufhören		dicht zusammen	
lyrisches Werk								eh. brit. Premierminister		stangenförmig. Gemüse			bitter kalt				besondere Geistesgrösse
					Heldendarsteller			Stadt i. d. Emilia-Romagna							eigenes Tun be-dauemd		(noch) leeres Grundstück
Wind d. Stärke 12		Weiden des Wildes		die Gesundheit fördernd								getrocknete Gewürzknospe		Weinstock			3
zum Teil Mangelware; WC-...							Raubtierhorde	Zimmerwinkel Mz.			benachbart			4			
				Durch-einander		mit der Nase wahrnehmen								endlose Auf-zählung		Titel-figur bei Brecht †	
Vorgesetzter	ebenso (Musik)		Frage-wort								Obst pflücken		nordfrz. Gross-stadt			5	
Filmreihe						ein-balsamierte Leiche		hoch im Preis, kost-spielig		abscheulich						südam. Hoch-gebirge	erbetene göttl. Gnade
			islam. Richter		Stern-schnup-pen								Wild-pflege		kurz für: an das		
dt. Normungs-institut		strei-chein							Ab-schieds-gruss			immer gut waschen		1			
internat. Bank-konto-nummer					Abk.: Volt-sekunde	vertraute Anrede		Sauer-stoff auf-nehmen			6				Abk.: Rang		frz.: von
Leiter beim Film		sollte nicht ausge-schüttet werden										Klatsch, Ge-schwätz		13			
								ver-staat-lichen									

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) Einsendeschluss 22. Mai 2020

INSERAT



# Solidarisch aus der Krise

## Appell: Lohngarantie und keine Corona-Entlassungen!

Die Unternehmen bekommen vom Bund Unterstützung, damit sie Arbeitsplätze erhalten und die Löhne weiterbezahlen. Darum darf es in der Corona-Krise keine Entlassungen geben.

Wir fordern:



**Berufstätige mit tiefen bis mittleren Einkommen müssen bei Kurzarbeit 100% Lohnersatz erhalten!**



**Die Firmen müssen mit den Bundes-Milliarden Arbeitsplätze garantieren!**



Hast du schon unterschrieben?

[unia.ch/appell](http://unia.ch/appell)

UNIA

**WORKLESERFOTO**



**Endlich wieder geöffnet!**

WANN 6. Mai 2020  
WO Thun  
WAS Barber Shop  
Eingesandt von **Walter Winkler, Thun**

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
Senden an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), Betreff «Leserfoto»

**workquiz**

**Wie gut sind Sie?**



- 1. Corona I:**  
Wer hatte als erster eine Art Kurzarbeit eingeführt?  
a) Kaiser Wilhelm II.?  
b) Cesar Keiser?  
c) Kaiserin Sissi?  
d) König Herodes?
- 2. Corona II:**  
Auf welcher Höhe muss eine Trennwand im neuen Schutzkonzept für die Beizen zwischen zwei Tischen angebracht werden, die nicht 2 Meter auseinanderstehen?  
a) auf der Höhe der Knie des grössten Gastes?  
b) auf Breite des Tisches x Durchmesser?  
c) auf 1,5 Metern ab Boden?  
d) auf der Höhe des Tisches, geteilt durch die jeweilige Höhe der Stuhllehne?
- 3. Corona III:**  
Was dürfen Firmen, die Kurzarbeit nehmen?  
a) Manager vergolden?  
b) Mitarbeitende entlassen?  
c) Politiker sponsern?  
d) Dividenden zahlen?
- 4. Corona IV:**  
Wie hiess die erste Hündin im AI1?  
a) Laika?  
b) Sheila?  
c) Anastasia?  
d) Aisha?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!  
Lösungsdg: 4a; 2c; 3a-d; 4a

**WORKPOST**

**Blocher-Partei aus Koma erwacht**  
**SVP im Corona-Fieber II**

Die SVP wurde von der Corona-Pandemie auf dem Rücken eines erwachten und brennenden glühenden Wächers, von sich zu versetzen. Dieses heilige drückt sie jetzt im Bienen.

**WACHTLESEFOTO**  
Das Foto zeigt einen Mann in einem grauen Anzug, der einen Kunden in einem Friseur salon schneidet. Der Kunde trägt eine Maske. Im Hintergrund ist ein Spiegel und ein weiterer Friseur zu sehen.

**WANN** 6. Mai 2020  
**WO** Thun  
**WAS** Barber Shop  
**Eingesandt von** Walter Winkler, Thun

**Lockdown: Blocher-Partei drückt auf Hausrück-Exit – mit Inseraten**  
**SVP im Corona-Fieber**

Das Foto zeigt eine Person in einem gelben Kostüm, das eine SVP-Maske trägt. Die Person ist in einer Pose, die eine Art Tanz oder Bewegung darstellt.

**WANN** 6. Mai 2020  
**WO** Thun  
**WAS** Barber Shop  
**Eingesandt von** Walter Winkler, Thun

**WORK 8 / 30.4.2020: SVP IM CORONA-FIEBER**

**Die Partei, die es nicht geben darf**

Die SVP ist die Partei, die die Wirtschaft in den Vordergrund stellt statt die Menschen. Sie ist die Partei, die den Menschen nichts Gutes will, indem sie IV-Kürzungen vornimmt, die Krankenkassenprämien erhöhen will, hingegen Kinderrenten, Geld für Armutsbekämpfung, Sozialhilfe-Grundbedarf, Prämienverbilligungen kürzen will. Die SVP will Steuern für Reiche und Konzerne senken, und wir Steuerzahlende sollen die Bussen von Banken zahlen. Die SVP will auch die Höchstarbeitszeiten für Angestellte abschaffen. Die SVP ist schlichtweg eine Partei, die es gar nicht geben dürfte. Bei denen steht das Geld im Vordergrund und nicht der Mensch. Der Mensch kommt vor der Wirtschaft. Das ist wohl allen klar. Da ist seitens der SVP ein Riesenskandal im Gange, wie man im work-Artikel lesen kann. Siehe auch Magdalena Martullo-Blocher. Sie beweist ja tagtäglich,

dass sie sich nicht um das Wohl der Menschen bemüht, sondern nur ums Geld. Und so eine will für die Arbeitenden sein? In meinen Augen wird die Coronavirus-Krise auch benutzt von den grösseren Unternehmen, um Leute zu entlassen und danach billigere Arbeitnehmende einzustellen. Die SVP nimmt die Krise sehr ernst und entlässt Mitarbeitende. Obwohl der Bundesrat ganz klar sagte, dass man Kurzarbeit beim RAV anmelden kann. Auch die weiteren Auszahlungen von Millionen Dividenden und Boni sind ein Grund für solche Kündigungen, die absolut daneben sind. Die SVP geht nach dem Motto: Geld regiert die Welt.

**Nationalbank soll Schulden bezahlen**

Per Ende 2020 könnte man sämtliche Schulden der Sozialversicherungen, Gemeinden, Kantone und des Bundes durch die Nationalbank ausgleichen lassen. Danach werden die Ausgaben

und die Einnahmen neutral gestaltet, damit die zukünftigen Generationen keine Schulden mehr haben. Ein Grundeinkommen könnte die Ungerechtigkeit für den Mittelstand senken. Dann bleibt nur noch, die Klimakrise gleichzeitig anzugehen.

PETER BÜHLER, VIA WORKZEITUNG.CH

**WORK 8 / 30.4.2020: DER ERSTE 1. MAI OHNE FREDI!**

**Dank und Gratulation!**

Ich danke und gratuliere work herzlich zum Beitrag auf der letzten Seite zum Berner 1. Mai und ganz besonders zur Erwähnung des Renat vom Smuv und der von ihm 1973 initiierten Linge Schnure, die ausschliesslich die von ihm selber geschriebenen und vertonten Lieder im Repertoire hatte. Seit gut fünf Jahren wirkt er als Pianist im von ihm mitgegründeten Chor Linksdrall, der die älteren und neueren Arbeiter- und Frauenlieder pflegt. Einzelne Lieder von Renat aber auch. Hat gutgetan und tut gut.

WALTER MÜLLER, PER MAIL

**Es geht vor allem um Macht und Geld**

Seit 8 Monaten bin ich ein Risiko, heisst Ü65. Und fast seit Beginn des Jahres 2020 unter Zwangsarrest gestellt, obwohl fit und ohne bekannte Vorerkrankungen. Dem Motto, wir tun alles für eure Gesundheit, wird alles untergeordnet. Wäre dem so, würde nicht Glyphosat und weiteres verspritzt oder weitere etliche klimaschädliche Stoffe gefördert. Es geht hier nicht nur um die Gesundheit, und ein längerfristiges Handeln ist nicht erkennbar, denn es geht um Macht und Geld. Grosskonzerne, Banken, Immobiliengrössen (Mieten) waschen sich auf Kosten der kleinen rein und verdienen sich ein goldenes Näschen.

Nun könnten sich alle, die auf Balkonen applaudierten und erstaunt feststellten, was im Service public alles systemrelevant ist, nun vermehrt dafür einsetzen, dass die Arbeitsverhältnisse und Verdienstmöglichkeiten hier massiv verbessert werden können. Unternehmer, Politiker, Wissenschaftler, Sozialpartner und wir alle setzten am 1. Mai ein Zeichen für diese Systemrelevanten.

BEAT JURT, SEV-MITGLIED

**WORK 8 / 30.4.2020: «JETZT SOLLEN NICHT DIE ARBEITNEHMENDEN ZAHLEN!»**

**Von Unternehmern und Arbeitenden**

Der Titel des workedito sticht sofort ins Auge: «Klassenunterschiede». Sehr gut! Weil er besagt: Ja, wir leben in einer Klassengesellschaft. Gleich daneben proklamiert Vania Alleva: «Jetzt sollen nicht die Arbeitnehmenden zahlen!» Das stimmt! Inhaltlich – aber auch sprachlich? Es ist nicht unwesentlich, welche Begriffe gebraucht werden. So verdunkelt der Begriff «Arbeitnehmer», dass es sich dabei um Menschen handelt, die ihre Arbeitskraft zur Sicherung ihrer Existenz verkaufen müssen. Der Begriff «Arbeitgeber» täuscht vor, dass der «Arbeit-Geber» etwas geben würde. Richtiger wäre demnach, anstelle von «Arbeitnehmern» einfach von den «Arbeitenden» oder richtig von der «Arbeiterklasse» und anstelle von «Arbegebern» von «Unter-Nehmern» zu sprechen.

BENI GNOS, ALLSCHWIL BL

**Schreiben Sie uns**

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) oder an **Redaktion work, Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

## NORMALITÄT? NORMALITÄT!

Endlich wieder in die Beiz, endlich wieder Möbel kaufen, endlich wieder das gesamte Sortiment beim Grossverteiler, endlich wieder alle Läden offen und die Museen. Alles mit Sicherheitskonzepten. Und weiterhin gilt «Hände waschen, Abstand halten». Auf Kino und Konzerte müssen wir noch verzichten. Die Corona-Fälle sollen so tief bleiben, wie sie aktuell gerade sind – und hoffentlich noch weiter sinken. Ein Land lockert sich gerade angespannt aus dem Lockdown. Auch wenn Einkaufen und Ausfliegen noch alles andere als so sind, wie bevor der Virus unser Land packte, hören und lesen wir jetzt viel von einer «Rückkehr zur Normalität».

**ABER VON WELCHER NORMALITÄT IST DA DIE REDE?** Zurück zum Status quo ante Corona? Also so tun, als wäre da nichts gewesen? Die Corona-Krise als ein zwar bedrohliches, aber irgendwann bewältigtes Intermezzo betrachten? Einfach ein Stoff halt, aus dem die Erzählungen für die Enkelkinder gewoben werden?

**DOCH WAS BEDEUTET DIESE «NORMALITÄT»?** Der kleine fiese Virus hat sie so entstellt, dass wir sie jetzt besser erkennen können. Wir mussten ein bis an den Rand des Kollapses «optimiertes» Gesundheitssystem wieder hochfahren. Es fehlte an Beatmungsgeräten, an Intensivbetten, an Desinfektionsmitteln. Zehntausende prekär Arbeitende und (Schein-)Selbständige gerieten innert kurzer Zeit in existentielle Nöte. In der statistisch reichen Schweiz stehen Tausende Menschen stundenlang für Lebensmittelpakete an. Die wirklich system- und vor allem gesellschaftsrelevanten Berufsleute arbeiten bis zum Anschlag zu bitter tiefen Löhnen und unter lausigen Arbeitsbedingungen. Der Gesundheitsschutz an vielen Arbeitsplätzen ist unterirdisch. Die Aktionäre stopfen sich Dividenden in die Taschen und lassen sich gleichzeitig die Löhne ihrer Firmen via Kurzarbeitsentschädigung von der Allgemeinheit bezahlen. Klimaschutz ist für die meisten Parteien etwas für kurz vor den Wahlen.

**WELCHE NORMALITÄT ALSO?** Die Normalität des Ausgangs, des Zusammensitzens an grossen Tischen, des ausgelassenen Feierns, der Konzerte und der Festivals, der Lesungen und der Grillfeste, des spontanen Umarmens ausserhalb der engsten «Infektionsgemeinschaft», der Demos und der 1.-Mai-Feiern. Ja, das alles hätten wir gerne so bald als möglich zurück. Und eine neue Normalität von fairen Arbeitsbedingungen und einem guten Leben für alle statt bloss für das eine Prozent. Was jedoch die in den vergangenen Jahrzehnten herrschende neoliberale Theorie und ihre politische Praxis unter Normalität versteht – das wollen wir nicht mehr. Diese ihre «Normalität» können die Marktradikalen behalten. Für immer und für sich. Die Normalität, die sie meinen, hat uns in die Krise geführt. Die Corona-Pandemie macht das noch deutlicher.

**DIE NORMALITÄT, DIE WIR MEINEN, IST EINE ANDERE.** Sie ist solidarisch, ökologisch und gleichberechtigt. Wir werden noch eine Weile mit pandemiebedingten Einschränkungen leben müssen. Doch während wir auf die Impfung warten und auf wirksame Medikamente, sollten wir nicht rumsitzen und auf bessere Zeiten hoffen. Sondern an diesen arbeiten – und (frei nach dem alten Marx) die Verhältnisse zum Tanzen zwingen – nach unserer Melodie. Dazwischen immer wieder die Hände waschen und körperlichen Abstand halten.

Und irgendwann tanzen wir dann wieder. Auch in grossen Gruppen. Und auch eng, wenn wir wollen. Ganz bestimmt!

CLEMENS STUDER



**Sozialabbauer? Lohndumper?  
Jobvernichter? work nennt die Namen.  
Angriffig, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**

**Für nur Fr. 36.– im Jahr  
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **E-Mail Redaktion** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) **Internet** [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), [mariejoseekuhn@workzeitung.ch](mailto:mariejoseekuhn@workzeitung.ch); Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), [annesophiebinden@workzeitung.ch](mailto:annesophiebinden@workzeitung.ch); Christian Egg, [christianegg@workzeitung.ch](mailto:christianegg@workzeitung.ch); Ralph Hug, [ralphhug@workzeitung.ch](mailto:ralphhug@workzeitung.ch); Jonas Komposch, [jonaskomposch@workzeitung.ch](mailto:jonaskomposch@workzeitung.ch); Patricia D'Incau, [patriciadincau@workzeitung.ch](mailto:patriciadincau@workzeitung.ch) **Mitarbeiter an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Büne Huber, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, [ninaseiler@workzeitung.ch](mailto:ninaseiler@workzeitung.ch); Silvia Aeschbach, [silviaaeschbach@workzeitung.ch](mailto:silviaaeschbach@workzeitung.ch) **Korrektorat** Urs Remund, [ursremund@workzeitung.ch](mailto:ursremund@workzeitung.ch) **Sekretariat** Mirka Gossenbacher (Mo–Mi, Fr), [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **Anzeigenmarketing** Mirka Gossenbacher, Telefon 031 350 24 18, [anzeigen@workzeitung.ch](mailto:anzeigen@workzeitung.ch) **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, [abo@workzeitung.ch](mailto:abo@workzeitung.ch) **Auflage** 83 058 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.